

Zeitschrift: Mitteilungen des Historischen Vereins des Kantons Solothurn
Band: 13 (1925)

Artikel: Vorgeschichte der helvetischen Revolution mit besonderer Berücksichtigung des Kantons Solothurn. 1. Teil, Die Schweiz in den Jahren 1789-1798

Kapitel

Autor: Büchi, Hermann
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-322328>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

I.

Schwerlich hätte für die Eidgenossenschaft des 18. Jahrhunderts ein Ereignis von grösserer Bedeutung eintreten können als die Revolution in Frankreich. Althergebrachte innere Verhältnisse und eine bewährte internationale Stellung, wie sie sich im Laufe der Jahrhunderte als ihrem Charakter angemessen herausgebildet hatten, sahen sich von Grund auf bedroht. Mit keinem Staatswesen des *ancien régime* war die Schweiz so eng durch traditionelle militärische, politische, finanzielle und wirtschaftliche Bande verknüpft, wie mit dem durch die Revolution bedrohten Königreich der Bourbonen: die durch die Militärkapitulationen ermöglichte standesgemässe Versorgung der patrizischen Reisläufer und die Unterbringung überschüssiger Volkskraft; die im Laufe der Zeit bis zur Vasallität gediehene Verkettung der schweizerischen mit der französischen Politik, die im „Hofe“ des Ambassadors in Solothurn ihr äusseres Symbol fand; die umfassende Anlage privater und staatlicher Kapitalien in den französischen Fonds; die ausgedehnten, seit 1777 allerdings beschnittenen Handelsprivilegien und Zollfreiheiten und die dadurch bedingte Westorientierung des schweizerischen Handels; endlich die Abhängigkeit von französischem Salz und Getreide, — das alles ergab eine Verflechtung mit den französischen Schicksalen, wie sie enger kaum gedacht werden konnte. Jedes grössere Ereignis in Staat und Wirtschaft des Nachbars musste von stärkster Rückwirkung auf die Eidgenossenschaft sein.

Der enge Anschluss, die Abhängigkeit der Schweiz von dem einen der zwei sie umfassenden Großstaaten, war in den letzten Dezennien des 18. Jahrhunderts noch besonders akzentuiert worden, als der andere grosse Nachbar, Oesterreich, das durch die Erbvereinigung von 1511 seine Beziehungen zu den Kantonen dauernd in freundschaftlichem Sinne geregelt zu haben schien, unter Kaiser Joseph II. eine Politik einschlug, die grösste Besorgnisse und schwer überwindliches Misstrauen des kleinen Nachbars wachrief. Die Teilung Polens, die mailändischen Pläne auf das Veltlin und die nicht unbekannt gebliebenen Absichten Josephs auf eine territoriale Vergrösserung auf Kosten der Eidgenossenschaft hatten die schweizerischen Staatsmänner jäh aufgeschreckt; sie hatten die Erneuerung des französischen Bündnisses im Jahr 1777 eigentlich hervorgerufen und gaben der schweizerischen Politik vor der Revolution und noch in ihren Anfängen die Richtung. Der Eifer, mit dem die Orte Bern und Zürich sich 1790

für die Auslassung einer der Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft nachteiligen Klausel in der Wahlkapitulation Kaiser Leopolds verwendeten, bewies, wie sehr man gegenüber Oesterreich auf der Hut war, und die durch Johannes von Müllers grosses Geschichtswerk und Lavaters Lieder wachgerufene Erinnerung an den einstigen Erbfeind fand eine zeitgemässe Belebung und Begründung.

Doch war auch im französischen Bund von 1777 die schweizerische Neutralität ausdrücklich vorbehalten worden. Langsam war die Eidgenossenschaft während der grossen habsburgisch-bourbonischen Vorherrschaftskämpfe vom 16. bis 18. Jahrhundert in diesen Zustand hineingewachsen: waren innere Gründe, vor allem die Reformation, die Ursache, so hatte sich dieser Grundsatz der Aussenpolitik als überkommene und unabänderliche Staatsregel dem Volksbewusstsein wie dem Ausland eingepägt. Seine Handhabung war durch die Grenzbesetzung, durch das Verbot der Durchmärsche und Offensivtraktate im 18. Jahrhundert bemerkenswert streng geworden, und nur der Abschluss von zahlreichen Soldbündnissen, der im Interesse der Schweiz wie des Auslandes lag, verlieh dem damaligen Neutralitätsrecht mehr den Charakter einer gleichmässigen Begünstigung der Kriegsparteien. Die unterbrochenen und nebensächlicheren Beziehungen zu andern Staaten, zu Spanien, Sardinien, Holland, England, fanden in solchen Militärkapitulationen ihre fast einzige Begründung, seit die konfessionelle Gefahr erloschen war. Freilich hatte die Eidgenossenschaft durch ihre immer grundsätzlicher vertretene Neutralität sich selbst als Faktor der europäischen Politik fast ausgeschaltet; ihre geringe internationale Wertung sprach sich deutlich darin aus, dass mit Ausnahme Frankreichs keine auswärtige Macht regelmässig einen Gesandten bei der Tagsatzung akkreditierte und selbst Oesterreich sich mit einem Residenten in Basel begnügte.

Was die innere Struktur der Kantone zur Zeit der Revolution anbetrifft, ihre politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und gegenseitigen Beziehungen, ihre physische und geistige Widerstandskraft, so boten sich hier der Uebertragung der revolutionären Grundsätze günstige und ungünstige Vorbedingungen in merkwürdigem Gemisch dar. Doch überwogen wohl die letztern bedeutend und konnten zu der Hoffnung berechtigen, dass ohne militärische Intervention von aussen die Kantone die demokratische Tendenz überwinden würden. Am unvollkommensten und reformbedürftigsten — nicht bloss gemessen an den Anschauungen der Aufklärung — war die Eidgenossenschaft unstreitig als staatlich-politisches Gebilde, mit ihrem Gewirr von vollberechtigten und zugewandten Orten, mit Untertanenländern und mit einem Staatsgebiet, über dessen Umfang sich die Orte selbst noch zu keiner einheitlichen Auffassung hatten zusammenfinden können. Eine bunte staatliche Formenwelt, im Mittelalter erwachsen

und noch in dessen Auffassung verwurzelt, war infolge der mehrhundertjährigen religiösen Zerklüftung von jeder neuzeitlichen Umformung, von jedem Ausbau unberührt geblieben: die Revolution hatte es voraussichtlich vorwiegend mit den einzelnen Kantonen zu tun. Deren Politik lag in hergebrachten Geleisen verankert, in mancherlei Gegensätzen: trotz der Abschwächung durch die Aufklärung waren die katholischen Orte noch eingestellt gegen die reformierten, die Länder gegen die Städte, Zürich gegen Bern, um nur die wichtigsten zu nennen; das grosse Geschehen in Frankreich vermochte nicht zu bannen, was aus der Lage und aus langer Tradition hervorgegangen war; es verminderte manche Reibung, aber es kleidete andere nur in neue Form. Von wirklicher Bedeutung, vermöge ihrer Grösse, Finanzen, Wirtschaft und militärischen Ausrüstung, waren seit längerer Zeit schon nur noch Bern und Zürich, so wenig diese Tatsache in der Bundesform zum Ausdruck kam. Das veraltete Militärwesen, das entsprechend dem losen föderativen Charakter der Eidgenossenschaft rein kantonal war, beruhte auf einem mangelhaften Milizsystem, welches nur durch das im fremden Kriegsdienst herangebildete Offizierskorps verbessert und der überlegenen Form des permanenten Söldnerheeres der Militärmächte etwas angeglichen war. In der Zeit einer Volksbewegung, wie sie die französische Revolution darstellte, bedeutete ein solches System einen schwerwiegenden Nachteil für die schweizerischen Aristokratien; es verlangte eine völlig andere Art der innern und äussern Abwehr der Revolution als einfache Unterdrückung und Kampf, weil die Regierungen von der Volksmeinung in ganz anderer Weise abhängig waren als die absoluten Herrscher der Zeit.

Dagegen bot die gesunde finanzielle und wirtschaftliche Verfassung der Kantone eine starke Garantie gegen das Hereinbrechen einer Flut, die ihre starken Impulse und ihre Kraft grossen finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Mißständen verdankte. Der lange Friede und die der Aristokratie angeborene Sparsamkeit hatten nicht bloss jede Verschuldung verhindert und sogar die Schaffung von Staatsschätzen ermöglicht, sondern vor allem die Belastung des Volkes mit Abgaben — verglichen mit andern Staaten — in überaus mässigen Grenzen gehalten. Die starke Blüte der schweizerischen Industrien in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und der bauerliche Wohlstand, der in schönen Dörfern sichtbar wurde und sogar den alten Reislauf gefährdete, boten der revolutionären Propaganda einen ungünstigen Nährboden dar, und wohl nur das zugkräftige Postulat der Aufhebung der auch hier als lästig empfundenen Grundlasten und der Zurücksetzung der Landschaft in verschiedenen Kantonen im Gewerbe und in der Industrie vermochten ein gewisses Echo auszulösen.

Endlich war die geistige Struktur der Schweiz derart, daß auch in dieser Richtung die neue Lehre auf keine grossen Erfolge

zählen konnte. Auch abgesehen von der nüchternen, schwerfälligen Volksart. Die grosse geistige Strömung des Jahrhunderts, die Aufklärung, in der die revolutionären Ideen wurzelten, war zwar nicht spurlos an der Schweiz vorbeigegangen, die ja zu ihren Führern ein ansehnliches Kontingent gestellt hatte. Ausser durch das französische Schrifttum hatte sich die Beeinflussung durch die klassische deutsche Literatur und durch den Besuch deutscher Universitäten, besonders Göttingens, ergeben. Die kantischen Schriften fanden auch in der Schweiz ihren Leserkreis. In den protestantischen Städten Zürich, Basel und Bern, aber auch in den katholischen Orten Luzern und Solothurn hatte die neue Bildung Anhänger gefunden und sich in der Tätigkeit so mancher patriotischen, literarisch-wissenschaftlichen und ökonomischen Gesellschaft bemerkbar gemacht; über die Glaubensbekenntnisse hinweg hatte sie eine neutrale Geistessphäre geschaffen, den starren kirchlichen Geist erweicht und einen starken Aufschwung des nationalen Gedankens eingeleitet: hier war für die spätere revolutionäre Einwirkung der Boden unzweifelhaft aufgelockert. Allein die Aussaat war eine künstliche und auf eine kleine Auslese beschränkt; das ganze Gebiet der katholischen Orte war ihr nahezu verschlossen geblieben und konnte für die revolutionäre Propaganda als immun gelten. Die zum Teil von den aristokratischen Kreisen getragene Bewegung hatte sich auch mehr das Ziel der Läuterung der Sitten gesteckt und kaum auf die Legislatur der Kantone eingewirkt; bloss vereinzelt und gedämpft war die Forderung nach grösserer Zentralisation und demokratischer Ausebnung des Bundes erklingen; keinesfalls war der neue Geist in eine Tiefe gedrungen, bei der die Standesvorteile der theoretischen Einsicht geopfert werden, geschweige denn, dass die Massen seinen belebenden Hauch verspürt hätten. Nur in Genf und in den gebildeten waadtländischen Seestädten, wo die geistige Mündigkeit sich mit politischem Ehrgeiz verband, konnte die Wirkung des revolutionären Vorbildes als eine unbezähmbare betrachtet werden.¹⁾

Der Ausbruch der französischen Revolution nahm von Anfang an das Interesse der ganzen Schweiz, von Regenten und Regierten, in Anspruch. Binnen wenigen Jahren vollzog sich eine Neuorientierung von ungewöhnlicher Gründlichkeit; die Ereignisse in Frankreich folgten sich rasch, und die Abklärung und Stellungnahme der Geister hüben und drüben liess nicht lange auf sich warten. Die Impulse dazu gingen naturgemäss vom revolutionären Frankreich aus, die Abwehr der Kantone war improvisiert und meist wenig wirksam. Die Liquidation aller

¹⁾ *J. Strickler*, Die alte Schweiz und die helvetische Revolution. Frauenfeld 1899. — *W. Oechsli*, Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert. Bd. I. Leipzig 1903. Einleitung. — *K. Schwarber*, Nationalbewusstsein und Nationalstaatsgedanken in der Schweiz von 1700 bis 1789. Diss. Basel 1919 (Masch.-Schrift).

bisherigen Beziehungen, die Lösung scheinbar unzerreissbarer Bande, sie füllen die erste Phase der Verwicklungen der beiden Länder aus.¹⁾ In rascher Folge gingen die schweizerischen Privilegien in Frankreich unter. Die Verhaftung des Barons von Besenval, die Arretierung solothurnischer Geldtransporte in Bar sur Aube und Belfort, die Soldzahlung in Assignaten, der neue Eid auf die Verfassung, die Besetzung Avignons durch Soldaten des Regiments Sonnenberg, die neue Zollpolitik, die Aufhebung baslerischer Zehnten und Rechte im Elsass, das Ausbleiben des Traktatensalzes, die Begnadigung der Galeerensträflinge vom Regiment Châteauvieux usw., das alles waren Massnahmen des revolutionären Frankreich, die eine materielle Schädigung und eine Herabminderung des Ansehens der in solchen Dingen empfindlichen Kantone bedeuteten und sie dem neuen Regiment rasch entfremdeten.

Mehr als diese Uebergriffe trugen zwei weitere Tatsachen zur Erkältung der bisherigen Verbindung und zur Abwendung der Kantone vom neuen Frankreich bei: die Sorge der Regierungen um ihre den revolutionären Wechselfällen ausgesetzten Regimenter und der Erfolg der revolutionären Propaganda im eigenen Land. Die schweizerischen Soldtruppen, das stärkste Band, das die alte Eidgenossenschaft an Frankreich kettete, waren nach Beginn der Umwälzung sofort in eine schiefe Lage geraten; sie bildeten die einzige intakt gebliebene militärische Macht beim Zerbröckeln des französischen Heeres, die einzig zuverlässige Stütze des Königtums; sie wurden daher der Zielpunkt des Hasses der Bevölkerung und der Propaganda des Schweizerklubs, und schon im Herbst 1789 erzeugte die Abneigung der Nationalversammlung gegen den Weiterbestand des Solddienstes die Vermutung der baldigen Verabschiedung. Sehr bald sahen sich Offiziere und Soldaten bedroht; Desertion, Disziplinlosigkeit und Unordnung rissen ein und die ohnmächtigen Offiziere riefen die Hilfe ihrer Regierungen an. Doch wäre es schwer, ja unmöglich gewesen, die durch das ganze Reich zerstreuten Truppen vor der vielgestaltigen revolutionären Ansteckung und vor Bedrohung zu schützen. Der Gedanke, durch Abberufung eine unhaltbare Position zu räumen, kam nicht auf, weil die Bedeutung des Solddienstes für die Versorgung des Patriziates zu gross war. So beschränkten sich denn die Kantone auf Vorstellungen und Reklamationen beim Minister, ersuchten um Verlegung der Truppen ausserhalb der Städte und traten dem Besuch der Klubs und der Teilnahme am revolutionären Leben mit Ermahnungen, Verboten und Strafandrohungen entgegen.²⁾

¹⁾ Für das Folgende: *G. Gautherot*, Les relations franco-helvétiques de 1789 à 1792. Paris 1907. — *P. Maillefer*, Les relations diplomatiques entre la France et la Suisse pendant la guerre contre la première coalition. (*Revue historique vaudoise*. IV. [1896.]) — *K. Morell*, Die Schweizerregimenter in Frankreich 1789—1792. St. Gallen 1858.

²⁾ *St. A. Bern. G. R. M. Bd. VII. A. G. R. Bd. IX.*

Parallel den Anstrengungen, die Regimenter in Frankreich vor dem revolutionären Gift zu bewahren, gingen zu Hause die Massnahmen, die der wachsenden revolutionären Propaganda Einhalt tun sollten. Hier lag unstreitig der Hauptgegensatz zum neuen Frankreich; in dem Kampf des Staatsrechts der schweizerischen Aristokratien mit dem Freiheits- und Gleichheitsgedanken wurde der Streit auf das prinzipielle Gebiet übertragen, und die Abneigung der bedrohten Patriziate steigerte sich zu Hass und Feindseligkeit. „Notre révolution“, schrieb Barthélemy, „a été fort célébrée dans tous les cantons, même à Berne, jusqu’au moment où les principes et l’exercice de la propagande sont venus alarmer les gouvernements helvétiques autant pour la fidélité des peuples que pour celle des troupes qu’ils ont au service de France. C’est de cette époque seule que datent le changement d’opinion et les inquiétudes du plus grand nombre des Etats suisses.“¹⁾ Die Schweiz lag dem Revolutionsstrudel zu nahe, als dass nicht sofort seine Wellen an den Strand geschlagen hätten, und die Sprachgleichheit des westlichen Gebietes war dem Hereindringen günstig. Wohl wurde die Revolution mancherorts als Folge der unbefriedigenden französischen Zustände betrachtet; die von der Konstituante proklamierten erhabenen Grundsätze riefen in den ersten Jahren auch in den gebildeten Kreisen der Schweiz Bewunderung und Begeisterung hervor, und selbst bernische Aristokraten brachten anfangs im Interesse einer grössern Sicherung der französischen Rente dem Aufstieg des dritten Standes Wünsche entgegen und fanden Milderungsgründe für die Ausschreitungen. Allein die Macht der Tatsachen führte doch schnell dazu, den schweizerischen Regenten die drohende Gefahr der demokratischen Idee und des Kampfes gegen die feudalen Institutionen klar vor Augen zu führen. Rasch machte sich die Fernwirkung der Dekrete der Nationalversammlung bemerkbar; schon im Herbst 1789 stiessen die Propagandisten und die Revolutionschriften über die schweizerische Grenze vor. Die Gründung des Schweizerklubs im Jahre 1790 und seine eifrige Propagandaarbeit gaben dann der Agitation ein bestimmteres Ziel, obgleich die Führerpersönlichkeit fehlte. Sie schlug vor allem gewaltig Bresche in den von deutschen Reisenden genährten Wahn von der Schwei-

¹⁾ *J. Kaulek*, Papiers de Barthélemy I. 41, 82. II. 40 f., 260 f. — *W. St. A. f.* 185—187. Die Depeschen Tassaras enthalten eine Reihe von Nachrichten über das Eindringen und die Wirkung der Propaganda. — *St. A. Bern. G. R. M. Bd. VII—IX.* — *St. A. Zürich. G. R. P. BII. Nr. 10 (1782—1791).* S. 105 ff., 114 f., 118 ff., 124 ff., 131 ff., 155 f. — *St. B. Schaffhausen. MS. M. f.* 64. Bonstetten an J. von Müller. Nyon, 15. VII. 1790, 9., 17. II., 22. X., 5. XI. 1791, 3. I. 1792. *f.* 125. Erlach von Spiez an J. von Müller. Lausanne, 22. III. 1791. *f.* 112. Fr. von Mülinen an J. von Müller. 20. IX. 1789, 3. XII. (1791). *f.* 186. Steiger an J. von Müller. Bern, 4. VIII., 19. XI. 1790, 10. I., 6. XI. 1791. — Ueber den Schweizerklub siehe Literaturangaben bei *J. Dierauer*, Geschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft. Bd. IV² (1921), S. 421. Anmerkung 15.

zerfreiheit und »glückseligkeit, wie sie noch eben Lavaters Schweizerlieder in theatralischer und selbsttäuscherischer Rührseligkeit gepriesen hatten. Die eifrige Bearbeitung der schweizerischen Soldtruppen in Frankreich, die Ueberschwemmung der Schweiz, besonders des französischen Teiles, mit aufreizenden Flugschriften und die in der linksstehenden französischen Presse laut werdende Beschimpfung der aristokratischen Regierungen liessen diesen keinen Zweifel mehr daran übrig, dass die neue Religion nicht gesinnt war, an den Landesgrenzen Halt zu machen. Die Abwehrmassnahmen der patrizischen Regierungen gegen die vielgestaltige Infiltration der neuen Ideen, die Errichtung eines Polizeicordons an der Westgrenze, Verschärfung der Fremden- und Passpolizei, Zensur, Verbot französischer Zeitungen, Aufhebung des Postgeheimnisses usw., hatten ebenso wenig Erfolg wie die Vorstellungen der Tagsatzung und der Kantone bei der französischen Regierung und das Verlangen Berns, Freiburgs und Solothurns der vertragsmässigen Auslieferung der hochverrätherischen Klubisten. Sie belehrten die schweizerischen Regenten bloss, dass ihre eigenen Massnahmen ungenügend waren und dass die Kantone im Kampf gegen die Propaganda nur auf die eigene Kraft zu zählen hatten. Die Wirkung des französischen Vorbildes und solcher Bearbeitung blieb denn auch nicht aus; überall verliehen sie dem hergebrachten Parteistreit, lokaler Unzufriedenheit und zurückgestellten Forderungen neue Kraft, oft eine neue Bedeutung, und wo man geglaubt hatte, dass das Ringen der Gegner entschieden sei, da hob die unterlegene Partei zu neuer Aktion an: nacheinander folgten den wiederauflebenden Wirren in Genf und der Agitation gegen die Salis in Graubünden die Unruhen im Kanton Schaffhausen, die Aufstände im Unterwallis und im Bistum Basel, von denen der erstere mit bernischer, der letztere gar mit österreichischer Hilfe unterdrückt werden musste; es folgte endlich die geräuschvolle Demonstration der waadtländischen Städtebewohner in Ouchy und Rolle, nachdem bereits einige Sturmvögel das nahende Gewitter verkündet hatten: die Vorstellungen der Stadt Morges wegen ungerechter Steuerveranlagung; die von den waadtländischen Städten unterstützte Petition der welschen Offiziere um Gleichberechtigung im fremden Solddienst und der kräftige Protest gegen die Verhaftung des Pfarrers Martin von Mézières.

Damit war allerdings für einmal der Höhepunkt der Gärung erreicht und rasch überschritten: die starke Hand, mit der das von Niklaus Friedrich von Steiger geleitete Bern jetzt durchgriff, die übertrieben grosse militärische Machtentfaltung neben der Treue der waadtländischen Bauern für ihre Obrigkeit, unterbrachen jäh den Prozess der Umformung des politischen Denkens in der Schweiz. Sie stellten das Ansehen der Regierung wieder her und beschworen über das bernische Gebiet hinaus die Gefahr öffentlicher Aeusserungen und der Parteinahme für die demokratischen Ideen. Das unsicher gewordene Patriziat bekam wieder

Vertrauen zu sich selbst, als es sah, wie fest das deutsche Kantonsgebiet und selbst der grössere Teil des welschen zu ihm standen; die Masse der unselbständig Denkenden, der die Macht imponierte oder die sich durch diese Energie erschrecken liess, kehrte wieder um, und eine Neubefestigung der aristokratischen Regierungen war die Folge. Freilich war die momentane Beruhigung teuer bezahlt: die Austreibung der prominentesten Führer der Opposition, eines Jean Jacques Cart und Amédée de Laharpe, und die kränkende Demütigung der waadtländischen Städte zu Lausanne legten den Grund zu Angriffen von aussen und zu einer Verbitterung im Innern, die Bern trotz aller Vorsichtsmassregeln fortan für seine schönste Besitzung fürchten liessen. Auch konnte der über den augenblicklichen Erfolg hinausblickende Staatsmann kaum verkennen, dass die gewaltsame Repression der neuen Ideen nur dann dauerhaft war, wenn der Herd all dieser Unruhen erlosch, wenn man der Revolution und ihrer Propaganda mit andern Mitteln zu Leibe gehen konnte.¹⁾

Die Situation war für die Kantone umso verwickelter und unerfreulicher, als die offizielle französische Regierung, Ludwig XVI., seine Minister und der neu ernannte Gesandte, Marquis de Vérac, in keiner Weise an der eingetretenen Erkältung der französisch-schweizerischen Beziehungen schuld waren. Bei aller Anerkennung der Tatsache, dass die Schweiz bis zum 10. August 1792 und zu den Septembermorden das Opfer einer Reihe von Vertragsbrüchen, Gewalttaten und Beleidigungen war, muss vielmehr festgehalten werden, dass die königlichen Minister sich immer Mühe gegeben haben, die Rechte ihrer Verbündeten zu schützen und zu wahren oder wenigstens in Uebereinstimmung mit ihnen die Form des Bruches und der Beleidigung zu mildern: sie wollten den Klagen gegen den Schweizerklub Folge geben, die Sonderstellung ihrer Truppen nicht antasten lassen, ihre Bloßstellung im Amnestiehandel des Regimentes Châteaueux verhindern u. a. m. Allein, da die wirkliche Macht ihnen bald entglitt, waren sie dem Willen und den Dekreten der Nationalversammlung, dem Treiben der Klubs und den Ausbrüchen der Volksmasse gegenüber selber ohnmächtig und vermochten nicht einmal den Schein einer Genugtuung für soviel Unbill zu bieten: gleichsam unter dem Druck von Naturgewalten, mit elementarer Wucht liquidierte die Revolution die alten freundschaftlichen Beziehungen.²⁾

¹⁾ Ausser den Seite 8, Anmerkung 1 zitierten Quellen vergleiche über die waadtländischen Ereignisse bis 1792 die vielen Artikel in der *Revue historique vaudoise*. Ferner: *Politisches Jahrbuch der Eidgenossenschaft*. Bd. XII (1898): P. Hirzel und W. Oechslis, Eine Berner Denkschrift über die Unruhen in der Waadt von 1790 und 1791. — P. Maillefer, *Le Pays de Vaud de 1789 à 1791*. Lausanne 1892. — Ch. Burnier, *La Vie vaudoise et la Révolution*. Lausanne 1902.

²⁾ G. Gautherot a. a. O., S. 31, 38, 41, 43 f., 90. — Kaulek I. 4 ff., 15 f.

Waren also die schweizerischen Klagen und Beschwerden über Vertragsverletzung, Beschimpfung der aristokratischen Regierungen und unfreundliches Verhalten des Nachbars ebenso berechtigt wie unwirksam und die schweizerische Abneigung gegen die Revolution begründet, so ist andererseits zu wenig darāuf hingewiesen worden, dass seit Beginn der Umwälzung auch die schweizerischen Regierungen Frankreich Anlass zu berechtigter Reklamation gaben; zugleich zeigte es sich, dass einige patrizische Regierungen eine Politik einschlugen, die zwar durch das französische Verhalten als berechtigt erscheinen mag, die aber die so wieso bestehende Feuersgefahr nur noch vergrössern konnte. Gemeint ist damit die entschieden antirevolutionäre Haltung, welche die Kantone Bern, Solothurn und Freiburg einnahmen. Sie kam zum Ausdruck in der revolutionsfeindlichen Tendenz der „Gazette de Berne“, in dem Uebersehen der Werbungen der Emigranten auf solothurnischem Boden und anderswo, besonders in dem antirevolutionären Verhalten ihrer Offiziere, die aus der Verachtung des Volkes und der Nationalversammlung kein Hehl machten.

Freilich hätte die durch den Solddienst gegebene Reibung nur durch einen frühen freiwilligen Rückzug der Truppen aus unhaltbaren Verhältnissen beseitigt werden können; die vielen materiellen Vorteile der Institution, die Uneinigkeit der Kantone und die Schwerfälligkeit des eidgenössischen Regierungsapparates haben diese einzig richtige Lösung verhindert und Grund zu französischen Klagen gegeben, wie auch nachher den 10. August 1792 ermöglicht.¹⁾

Endlich kam die patrizische Einstellung gegen die Revolution vor allem zum Ausdruck in einer Frage, die sich schliesslich zu einem Kardinalpunkt französischer Beschuldigung wegen unneutralen Verhaltens der Eidgenossenschaft auswuchs und in ihren letzten Verzweigungen nicht unwesentlich zur französischen Invasion von 1798 beigetragen hat: in der Emigrantenfrage.²⁾ Sie soll erst in einem spätern Zusammenhang erörtert werden; in den hier besprochenen Zeitraum fallen erst die Anfänge. Seit dem 14. Juli 1789, dem Tage des Bastillensturmes, hatte die Emigration begonnen: Adelige und Geistliche, hohe und niedere, Männer, Frauen, Kinder mit Bedienten suchten Zuflucht; sie bevorzugten die schweizerischen Grenzgebiete, Freiburg, Solothurn, das Bistum Basel, die Waadt und das Wallis, bis die beiden ersten Kantone so überfüllt

¹⁾ *Kaulek I.* 57, 72, 87, 92, 114 f., 159, 195. — *W. St. A. f.* 188. Greiffenegg an den Minister. Basel, 21. XII. 1791, 1. II. 1792, 28. III. 1792.

²⁾ *Kaulek I.* 12, 21, 35, 130. — *W. St. A. f.* 185. Nr. 15 Lit. C, Nr. 18 Lit. A, Nr. 20 Lit. A, Nr. 21 Lit. A, Nr. 23 Lit. A, Nr. 28 Lit. B. *f.* 186. Nr. 3 Lit. A. *f.* 187. Nr. 13 Lit. A. Depeschen Tassaras. — *St. A. Bern. A. G. R. Bd. 8.* Nr. 98—133. *G. R. M. Bd. VII und VIII.* — *G. Gautherot a. a. O.* 33 f., 71 ff. — *Lettres de J.-J. Cart à Bernard de Mural.* Paris 1793. S. 202/25. — *E. Daudet, Histoire de l'Emigration pendant la Révolution française.* Paris 1905. Bd. I. 129.

waren, dass sie keine mehr aufnehmen konnten. Die Aufnahme war eine sehr freundliche, während Basel, Zürich und auch Luzern mehr Zurückhaltung zeigten; wenn Bern dem Grafen von Artois auch zu verstehen gab, dass seine Anwesenheit die Schweiz in Verlegenheit bringe, so zeigte doch das ganze sonstige Verhalten, dass das Herz der patrizischen Regenten für die Sache der Flüchtlinge schlage. Menschlichkeit, Mitgefühl, auch finanzielle Ueberlegungen spielten ihre Rolle; darüber hinaus aber ging die Nachsicht so weit, dass das Treiben der Emigranten kaum gehemmt wurde, so gefahrvoll es für die Schweiz werden konnte. Ihr Einfluss auf die patrizischen Ansichten über die Revolution war zweifellos nicht gering; von ihnen aus ging jene verhängnisvolle Anschauung, dass die Umwälzung in Frankreich das Werk einer kleinen Minderheit sei und das Volk den fremden Einmarsch als Befreiung begrüßen werde; sie hetzten gegen das neue Regime in Frankreich und bald begann ihre gegenrevolutionäre Tätigkeit. In den katholischen Orten befanden sich die Regierungen mit ihrer Emigrantenpolitik im Einklang mit der Volksstimmung, wenn auch die grosse Zahl der Flüchtlinge und die Sorge vor der Teuerung dort einschränkende Vorschriften erzeugten. In der Waadt aber wirkte sich die revolutionsfreundliche Stimmung der Städte auch hier aus, indem sie die Emigranten und ihr antirevolutionäres Gebahren nur unwillig ertrugen und ihnen die Schuld an der wachsenden Teuerung beimassen. Die Meinung des bernischen Patriziates selber war geteilt. Die Vorsichtigen befürworteten schon im August 1789, den Emigranten keinen Aufenthalt zu gewähren und am 4. Oktober 1790 wurden motionsweise Massnahmen gefordert, damit dieselben nicht gefährlich und beschwerlich werden könnten. Doch drang diese Stimmung nicht durch. Der Geheime Rat erklärte die Besorgnisse wegen der Teuerung als unbegründet, nahm die Emigranten wegen ihres Verhaltens in Schutz und hob die finanziellen Vorteile ihres Aufenthaltes hervor. Wie einseitig allerdings das patrizische Menschlichkeits- und Mitgefühl entwickelt war, ging daraus hervor, dass die Anhänger der Revolution als Gesindel nach Kräften ferngehalten und die vielfach revolutionär gesinnte Dienerschaft und die Studenten vom Vogte von Lausanne, Erlach von Spiez, einfach fortgejagt wurden.

Wachsende französische Herausforderungen und Vertragsbrüche, Missachtung der schweizerischen Reklamationen auf der einen Seite, Aufreizung durch die Emigranten auf der andern — das war die Situation, in welcher die Tagsatzung und die Kantone die Richtung ihrer Politik zu bestimmen hatten. Eine ihrer Kraft bewusste Eidgenossenschaft hätte kaum gezögert, mit scharfen Gegenmassnahmen zu antworten. Allein davon war man weit entfernt. Schon der komplizierte Apparat der Tagsatzung stand solcher Energie entgegen. Der Neutralitätsgedanke war bereits zu tief eingewurzelt, als dass nicht jede energische Geste dem Trägheitsgesetz unterworfen gewesen wäre. Noch stand die

Eidgenossenschaft zu stark in den Anschauungen einer ablaufenden Zeit, hatte zu lange Anlehnung bei Frankreich gesucht und gefunden, als dass man sich so schnell zu neuer Orientierung durchgerungen hätte. Auch waren die schweizerischen Staatsmänner über die Tragweite der Revolution nicht im klaren; sie hofften immer, die Revolution werde von selbst erlöschen und die königliche Autorität und mit ihr die schweizerischen Vorrechte würden wieder hergestellt werden. Doch waren diese Gründe wohl nur sekundär für das schwächliche schweizerische Verhalten; als Hauptursache erschien sehr schnell die Uneinigkeit der Kantone dem französischen Phänomen gegenüber. Sie beruhte nur äusserlich auf persönlicher Einschätzung, letzten Endes war sie das Produkt der verschiedenen wirtschaftlich-politischen Struktur und der Lage der Kantone. Bern, Solothurn und Freiburg, bei denen auch das Moment der Treue, der angestammten Anhänglichkeit für den Träger der Krone nicht unterschätzt werden darf, bekamen in der Gefährdung der Soldtruppen und des Solddienstes überhaupt die Folgen ihrer einseitigen Entwicklung zu spüren; als Grenzkantone mit zum Teil französisch sprechender Bevölkerung wurde ihnen die Gefahr der Revolution und der unfassbaren Propaganda zuerst und besonders klar. Die finanzielle Verflechtung dieser Orte mit Frankreich war andererseits gering; es war eine wohlbeachtete Tatsache, dass der Stand Bern während des ganzen 18. Jahrhunderts mit ungebrochener Konsequenz sein Geld England anvertraut und die französische Anlage abgelehnt hatte, „weilen dieses Reich vielen gefährlichen und beschwärlichen Umwälzungen und Revolutionibus ausgesetzt ist“ und auch „einen allzu grossen Kriegsstaat und nicht genugsame Oeconomie führe“; Solothurn aber erhielt gerade bei Eintritt der Revolution sein ganzes ausgeliehenes Kapital zurück. Waren so bei den westlichen Patriziaten, z. T. auch bei Luzern, die Voraussetzungen für ein ungehemmtes Eintreten für die gegenrevolutionäre Sache gegeben, so war der Fall bei den Handelskantonen Basel, Zürich und Schaffhausen eher der umgekehrte. Am Solddienst waren sie lange nicht mit der Ausschliesslichkeit beteiligt wie die Patriziate. Die deutsche Sprache und z. T. ihre Lage verliehen ihnen eine grössere Immunität gegenüber der Propaganda; der Glaube des aufgeklärten Absolutismus, dass man durch eine patriarchalische Regierung, durch streng gerechte und haushälterische Staatsverwaltung und geringe Steuerbelastung die Revolution fernhalten könne, überwog in Zürich noch bis in die Tage des Stäfnerhandels; ausserdem sympathisierten die aufgeklärten Kreise dieser Stände noch lange mit der Nationalversammlung und dem französischen Volk. Die finanziellen und kommerziellen Beziehungen zu Frankreich waren von solcher Art, dass diese Orte am Erfolg und raschen Abschluss der Revolution geradezu interessiert waren; die Garantie der Nation, unter welche die Nationalversammlung am 17. Juni 1789 die gesamte französische Staatsschuld gestellt

hatte, erwies sich auch gegenüber den schweizerischen Gläubigern als ein geschickter Zug: Basel mit einem Forderungsrecht von 7,294,420 Livres und starken Entschädigungsansprüchen für die im Elsass aufgehobenen Grundzinsen und Lehensgefälle, und Zürich mit einer Rentenanlage von 1,796,800 Livres (Zinskommission Leu & Co., Säckelamt etc.) haben sich in ihren Entschliessungen unzweifelhaft bis tief in die 90er Jahre durch finanzielle Rücksichten mitbestimmen lassen; die Angst vor den katastrophalen Folgen des französischen Staatsbankrotts für die schweizerische Volkswirtschaft tat bewusst oder unbewusst einer Politik Abbruch, die auf Erhöhung der französischen Schwierigkeiten ausging.¹⁾ Die katholischen innern Orte endlich neigten vermöge der Anteilnahme am Solddienst und aus Abneigung gegen die freigeistige Richtung des neuen Frankreich eher der patrizischen Gruppe zu; allein es fehlte ihnen an Geld und Aktionskraft, und ihre Lage entzog sie dem revolutionären Einfluss. So kam bei ihnen vorläufig mehr die Absicht zum Ausdruck, die städtische Verlegenheit zu einer Revision des immer noch nicht verschmerzten Aarauerfriedens von 1712 auszunützen.

Als Resultat dieser eidgenössischen Uneinigkeit ergab sich ein allgemeines Missbehagen, steigende gegenseitige Verbitterung und Kritik, ergab sich die Tatsache, dass die Eidgenossenschaft erst nach starker Reibung und nur selten zu einheitlicher Stellungnahme zu den einzelnen Vorfällen und Ereignissen gelangte und nie zu entschiedener Sprachführung. Die Verhandlungen der Tagsatzungen von 1790 und 1791 und der Kantone untereinander boten ein überaus beschämendes Bild geringer Solidarität, und nur die seit Jahrhunderten gleichen Erfahrungen liessen die traurige Erscheinung weniger fühlbar werden. Freiburg und Solothurn hatten die Führung übernommen, während Bern mit vorsichtiger Berechnung der vorhandenen Widerstände und Umstände in gedeckter Stellung sekundierte. Seit 1789 drängten Solothurn und Freiburg unaufhörlich zur Einberufung einer ausserordentlichen Tagsatzung,

¹⁾ *W. St. A. f. 186. Nr. 18 Lit. A. f. 187. Nr. 32 Lit. B. Depeschen Tassaras vom 5. VI., 1. XII. 1790. — St. A. Zürich. G. R. P. BII. Nr. 11 (1792 bis März 1794). S. 6 f., 133 f. BII. Nr. 12 (1794 bis März 1798). S. 10, 14. — A. A. E. Bd. 444, S. 26. Bd. 448, S. 296. Bd. 449, S. 21/26. Bd. 452, S. 80. — P. Ochs, Geschichte der Stadt und Landschaft Basel. Bd. 8, S. 132. — J. Landmann, Leu & Co. Zürich 1905. S. 87 f., 195 ff. — Besonders viel genferisches und waadtländisches Kapital war in französischer Rente angelegt. J.-B.-G. Galiffe, D'un siècle à l'autre. Genf 1877. S. 224 f. — K. Morell, Karl von Bonstetten. Winterthur 1861. S. 132. — H. Fazy, Genève de 1788 à 1792. Genf 1917. S. 124, 131 f. — Bezüglich Basel und die Anstrengungen, seine Forderungen zu realisieren, ist jetzt zu verweisen auf die Arbeit von G. Steiner, Die Mission des Stadtschreibers Ochs nach Paris 1791. (Basler Jahrbuch 1924.) — Siehe auch A. Sayous, Mémoires et correspondance de Mallet du Pan. Paris 1851. Bd. 1, S. 385 f. — St. B. Schaffhausen. MS. M. f. 148. Stürler von Altenberg an J. von Müller. Bern, 17. IV. 1791. f. 186. Steiger an J. von Müller. Bern, 10. I. 1791.*

um die wachsende Gefahr der Soldtruppen und die Störung der innern Ruhe der Schweiz zum Gegenstand gemein-eidgenössischer Besprechungen und Beschlüsse zu machen; Freiburg beantragte eine eidgenössische Forderung der Auslieferung des Schweizerklubs, ein eidgenössisches Verbot des Besuches der Klubs, ein gemeinsames Ermahnungsschreiben an die Truppen zur Beibehaltung von Ordnung und Disziplin, einen gemeinsamen Protest gegen die Soldzahlung mit Assignaten; es wollte mit Bern die Leistung des neuen Eides der Truppen verhindern, weil er zur Verteidigung der neuen Verfassung verpflichtete, und nichts wissen von der Beantwortung der königlichen Mitteilung der Annahme der Verfassung, weil dadurch das neue Regiment anerkannt wurde. Solothurn und Freiburg weigerten sich, unter Berufung auf fehlende Formalitäten, den verhassten Bacher als interimistischen Geschäftsträger anzuerkennen, als der Marquis de Vêrac demissionierte, und Bern trat für eine unverbindliche Beantwortung des Schreibens der königlichen Prinzen vom 14. September 1791 ein, worin sie die Deklaration von Pillnitz anzeigten und die Sache des Königs als gemeinsame aller Regierungen erklärten. Auf der andern Seite trat Zürich in den Vordergrund; es wehrte auf der ganzen Linie ab und mahnte angesichts des Flusses der Ereignisse zu grösster Zurückhaltung, wollte das Ermahnungsschreiben an die Truppen nicht abgehen lassen, den königlichen Prinzen keine Antwort geben; es missbilligte das solothurnische Vorgehen gegen Bacher und widersetzte sich bestimmt einer ausserordentlichen Tagsetzung, weil sie Aufsehen erregen würde und doch kein Erfolg zu erwarten sei. Dagegen trat der Vorort für die Leistung des neuen Eides ein und wollte die Anzeige der Annahme der neuen Verfassung beantworten. Die Urkantone machten sich bemerkbar, indem sie mit Freiburg gegen die neue Philosophie loszogen, mit Wärme für die Eintracht redeten und zusammen mit Glarus und Appenzell I.-Rh. beharrlich sich weigerten, Neuenburg und Valengin den Beitritt zum Bunde von 1777 zu gestatten.

Waren so die innern Voraussetzungen für eine Politik des passiven Zuwartens gegeben, so traten in der gleichen Richtung noch zwingende Erwägungen aussenpolitischer Natur dazu. Den Augen der schweizerischen Staatsmänner entging nicht, dass auch die grossen Mächte Europas ziemlich ratlos und passiv der Erscheinung der französischen Revolution gegenüberstanden. Das sprach sich schon aus in der zurückhaltenden Aufnahme der Brüder des Königs, der Grafen von Provence und Artois und der Emigranten. Auch nahmen der Türkenkrieg Josephs II. und Katharinas von Russland, die Aufstände von Brabant und Ungarn, die drohende preussische Stellungnahme und die Wiederaufrichtung Oesterreichs durch Leopold II. die politische Welt stark in Anspruch; die Hoffnung, dass nach dem Tode Josephs II. und nach dem Frieden mit den Türken Oesterreich sich ins Mittel legen werde, blieb unerfüllt, und das Verhalten des neuen Kaisers ge-

genüber Frankreich enttäuschte die ausspähenden Patrizier stark. Ausserdem stand einer Neuorientierung der schweizerischen Politik, wie sie ein Abrücken von Frankreich voraussetzte, das immer rege Misstrauen gegen Oesterreich stark im Wege.¹⁾

So viele Gründe der Verfassung, Finanz, Wirtschaft und Aussenpolitik machen es verständlich, weshalb die Kantone sich zu einer ohnmächtig die französischen Schläge auffangenden schwächlichen Politik verurteilt sahen und sie alle Hoffnungen immer mehr auf den innern Zusammenbruch oder wenigstens legitimen Abschluss der Revolution richteten. Ohne ihre Abneigung gegen das neue Frankreich zu verhehlen, beschränkten sie sich auf eigene Abwehr der Propaganda, auf Rückhältigkeit und kleinliche Haarspaltereien gegenüber französischen Forderungen an die Regimenter und wegen der Anerkennung der neuen Verfassung, auf ein den Umschwung abwartendes Temporisieren. Natürlich wurde auch der Abschluss der schon stark geförderten neuen Militärkapitulation hinausgeschoben. Wenige Schritte — und in sehr farbloser Formulierung — erfolgten in eidgenössischem Namen, wie die Ermahnungsschrift an die Regimenter und die Vorstellungen an den Botschafter wegen der Soldzahlung in Assignaten und wegen des neuen Eides; sonst sah sich jeder Ort zu separatem Vorgehen zum Schutz der Truppen und gegen Vertragsverletzungen verurteilt. Die bedrohten und verlassenen Regimenter begannen sich den französischen Forderungen zu unterziehen, und auch ihre Regierungen schienen endlich einzuschwenken: am 21. Dezember 1791 ging das eidgenössische Antwortschreiben an den König ab, worin sie ihn zu der Annahme der neuen Verfassung beglückwünschten, „des intentions généreuses avec lesquelles Sa Majesté désirait concourir au bonheur de la Nation française“.²⁾

¹⁾ Vergleiche für das Gesagte: *Kaulek I.* 12, 19, 23, 27, 29, 42 f., 68, 170. — *W. St. A. f.* 186. Nr. 1 Lit. C, Lit. F. Tassara an den Minister. Basel, 6. I. 1790. *f.* 187. Nr. 38 Lit. A. id. 20. VII. 1790. *f.* 188. Greiffenegg an den Minister. 28. I., 1. II. 1792. — *St. B. Schaffhausen. MS. M. f.* 125. Erslach von Spiez an J. von Müller. Lausanne, 5. II. 1791. *f.* 140. Escher von Berg an J. von Müller. Berg, 17. X. 1789, 8. VII. 1790. Zürich, 1. IX. 1791, 4. II. 1792. *f.* 186. Steiger an J. von Müller. Bern, 4. VIII. 1790, 10. I., 6. XI. 1791. — *St. A. Bern. G. R. M. Bd. VII, VIII und IX. A. G. R. Bd. 8.* Nr. 33, 40, 44—46, 49, 50—87, 95. *Bd. IX.* 187—189, 191, 222, 226, 248, 252, 253, 264, 267, 271. *Miss. Nr. 100.* S. 334, 406, 409, 421. *Instr. R. R.* 1 ff., 172 ff. — *St. A. Zürich. G. R. P. BII. Nr. 10 (1782—1791).* S. 153 ff. *A 227,¹⁰* Nr. 36—40. *Miss. BIV. 504.* S. 124 f., 145, 170. *BIV. 507.* S. 189. *BIV. 508.* S. 76 f., 90, 107 ff., 115, 120, 122 f., 139 f. *BIV. 509.* S. 129, 143, 147, 160 ff., 172 f., 175. *Instr. BVIII. 41 und 42.* — *Eidg. Abschiede. Bd. 8,* S. 147 ff., 157 ff., 687 f. — *P. Ochs, Geschichte der Stadt und Landschaft Basel. Bd. 8,* S. 104.

²⁾ *Kaulek I.* 27, 61. — *W. St. A. f.* 185. Nr. 29 Lit. A. Tassara an den Minister. Basel, 28. XI. 1789 und Beilage. *f.* 188. Greiffenegg an den Minister. Basel, 21., 28. III. 1792. — *St. A. Zürich. Miss. BIV. 508.* S. 158, 173. *A. 227,¹⁰* Nr. 36, 37. — *G. Gautherot a. a. O.,* S. 45 f. — *Eidg. Abschiede. Bd. 8,* S. 157 ff.

Das jämmerliche Verhalten der Kantone hatte aber bereits eine charakteristische Durchbrechung erfahren durch den Leiter des wehrkräftigsten eidgenössischen Standes, der sich zugleich am stärksten bedroht sah. Während die protestantischen Kantone der Revolution noch am meisten Sympathien entgegenbrachten, hatte das aristokratische Bern als Besitzer der Waadt und Nachbar von Genf und Pruntrut am frühesten die Gefahr der Revolutionsprinzipien für das eigene Land erkennen müssen. Seine Stellungnahme war umso wichtiger, als es an militärischer und finanzieller Kraft allen andern Orten überlegen und sein Einfluss bei den Kantonen Solothurn, Freiburg, Luzern, Neuenburg¹⁾ und Wallis ein überragender war. Bern war zudem der einzige Kanton, der auf ein grösseres Stück an Frankreich grenzte. In den Augen der europäischen Mächte galt es als entscheidender Faktor der eidgenössischen Politik. Die im innern Hader erloschenen Machtinstinkte der alten Eidgenossenschaft hatten sich hier am längsten erhalten, wenn sich das gewöhnlich auch nur darin kundtat, dass Bern für den guten Namen, Ehre und Ansehen des Standes und der Eidgenossenschaft eine grössere Empfindlichkeit an den Tag legte. Aus dieser europäischen Achtung und aus dem stolzen Gefühl, einen wohlorganisierten und wohlverwalteten Staat zu leiten, zogen die bernischen Staatsmänner die Berechtigung, alle innere Gärung und Insurrektion mit umso grösserem Nachdruck niederzuwerfen, als sie die Folgen der Nachgiebigkeit in Frankreich und in Genf erkennen konnten. An staatsmännischem Geist liess Bern die kleinlichen Patriziate von Solothurn und Freiburg weit hinter sich.²⁾ Im Schultheissen Nikolaus Friedrich von Steiger fand es einen Führer, der auf höherer Warte stand und nicht, wie viele sonst tüchtige schweizerische Staatsmänner, in den kleinen Reibereien kantonaler Rivalität aufging.

Freilich, wie kaum ein anderer Ort hatte Bern in den ersten Revolutionsjahren erkennen gelernt, dass gegen die aus unzähligen Kanälen eindringende Revolutionspropaganda alle Abwehr der Kantone und der uneinigen Eidgenossenschaft versagte. Was aus eigener Kraft geschehen konnte, um die Wirkung des revolutionären Beispiels und der Propaganda auf die Untertanen und die Soldtruppen unschädlich zu machen, das hatte Bern seit 1789 in

¹⁾ Neuenburg war vom preussischen König geradezu angewiesen, Schultheiss Steiger in den wichtigern Fällen zu konsultieren. (*Musée neuchâtelois. Nouv. série. 9me année. 1922, S. 25.*)

²⁾ *Kaulek I. 29.* Barthélemy an De Lessart. Basel, 5. III. 1792. Solothurn und Freiburg „sont loin d'imiter la conduite sage et éclairée de M. M. de Berne, qui, sans aimer notre révolution, ne perdent cependant jamais de vue la personne du Roi et la Monarchie, pèsent toutes leurs démarches à la balance des immuables intérêts de toute la Nation helvétique et n'obéissent point lâchement à de misérables intrigues étrangères“.

vollem Masse getan. Es hatte dabei erfahren, wie schwer die Aufgabe war, wenn Rücksicht darauf genommen werden musste, dass nicht eine zu frühe Repression der Gärung durch grosse Strenge die Volksstimmung verdarb. In rascher Folge, sich wiederholend und verschärfend, waren die Vorschriften erlassen worden, bis ein strenges Polizei-, Inquisitions- und Ueberwachungssystem jede Regung im Innern kontrollierte und eine Atmosphäre des Misstrauens und Argwohns schuf. Von Versoix bis an die neuenburgische Grenze zog sich ein starker Polizeicordon, befehligt von zuverlässigen welschen Offizieren, Roland und Arpeau. Im Innern wirkte die Dorf- und Wirtschaftspolizei und die Vögte wurden von dem mit grossen Kompetenzen ausgerüsteten und verstärkten Geheimen Rat immer wieder zu strenger Aufsicht gemahnt. Hausierer, Fremde, Verdächtige und die auf Urlaub heimkehrenden Unteroffiziere und Soldaten wurden scharf überwacht, Anmeldezwang und Aufenthaltsbewilligung eingeführt, verdächtige Fremde fortgewiesen und den Rebellen von Châteaueux und dem verbannten J. Grenus der Eintritt ins Land verboten. Kalender und Zeitungen unterstanden strenger Zensur; der Eintritt französischer Zeitungen wurde erschwert, dann z. T. verboten, revolutionäre Schriften wurden eifrig gesucht und konfisziert, Buchdrucker und Buchhändler vermahnt. Der Erforschung der Stimmung des Landes und revolutionärer Gesinnung dienten Spionage, Postaufsicht, Verletzung des Briefgeheimnisses; aufmunternde Belohnungen wurden für Denunziationen erteilt. Nationalkokarde und revolutionäre Lieder waren verboten. Vorsichtig lavierend trat man den Regungen der wachsenden waadtländischen Gärung entgegen; schon früh sandte der Geheime Rat den Welschseckelmeister von Muralt zur Erforschung der Stimmung; mit Geschick suchte man zu beruhigen und vor allem die Zusammenschlussbestrebungen einiger Städte zu durchkreuzen, indem man die Landschaft gegen die Städte ausspielte. Seit 1790 waren geheim und vorsichtig militärische Vorkehren getroffen worden, und fast als ein willkommener Anlass, um die unfassbare Agitation zu packen, erschien es, als die Arretierung König Ludwigs XVI. die oben erwähnten Demonstrationen auslöste. Doch lehrte die mit Härte durchgeführte Niederwerfung der waadtländischen Bewegung nur, dass auch mit solchen Waffen der revolutionären Gesinnung nicht beizukommen sei, wenn nicht der französische Herd erlosch. Die Aufnahme von sechs neuen Geschlechtern ins Bürgerrecht, „um das Land durch Bande der Hoffnung mit uns zu verbinden“, — sie musste ausserdem gegen eine intransigente Gruppe durchgedrückt werden — war und erschien nach aussen weniger als Konzession an den Zeitgeist, denn als Belohnung für regierungstreue Männer wie Rovérea. Nach aussen unterhielt Bern enge Fühlung mit Solothurn und Freiburg und selbst mit Sardinien, um ein übereinstimmendes Vorgehen gegen die gemeinsame Gefahr durchzuführen.

ren; es ermahnte Neuenburg zu analogen Grenzanstalten, trat gegen den Aufstand im Unterwallis auf und riet dem Fürstbischof von Basel zu vorsichtiger Haltung. Endlich reklamierte es bei den angrenzenden französischen Behörden und beim Minister des Aeussern gegen die Propaganda, gegen den Schweizerklub, gegen die Einführung des neuen Zollwesens und der neuen Tarife und tat alles, um die Ansteckungsgefahr von den Soldtruppen fernzuhalten.¹⁾

Die strenge Repression erreichte ihr Ziel nur vorübergehend, nur unvollkommen, auch Steiger musste das zugeben. Eine mehr als hundertjährige Erfahrung hatte gelehrt, was von der eidgenössischen Solidarität zu erwarten war, und so hatte denn der Schultheiss Steiger in der klaren Erkenntnis des ganz Europa bedrohenden Charakters der Revolution den Weg beschritten, der einzig Rettung aus der steigenden Flut verhies. Am 19. Juni 1790 wandte er sich im Auftrage des Geheimen Rates an den österreichischen Staatskanzler, den Fürsten von Kaunitz; den Anstoss gab die Rede Duports vom 21. Mai im Comité de la Propagande, sie machte Bern auf das Ziel aufmerksam, auf das einflussreiche Kreise in Frankreich hinsteuerten. Duport bekämpfte die Zurückhaltung Mirabeaus und forderte zur Sicherung der Revolution den Angriff, die Propagierung ihrer Ideen, den Umsturz der Throne und besonders auch der schweizerischen Aristokratien. Zuerst Freiburg und Luzern, die schwächern, dann Bern von der Waadt aus, so lautete das Programm. „Il faut donc hâter chez nos voisins la même révolution qui s'opère en France.“ Der Anrufung des österreichischen Schutzes folgten am 24. Juni und 16. Juli 1790 Denkschriften Steigers an die Höfe von Berlin, Turin und London; eindringlich machten sie sowohl auf die europäische Gefahr der französischen Revolution aufmerksam, als auch auf die besondere für das von Emissären und Schriften aufgewühlte Bern und das vom Schicksal Avignons bedrohte Genf und riefen die alte Freundschaft und den Schutz Englands an. Am 24. Juli, noch vor Bern, aber kaum ohne vorherige Abmachung, hatte sich Genf im gleichen Sinne an England gewandt. Aber die Stimme des europäischen Warners verhallte ungehört; die Verhältnisse waren in den

¹⁾ *St. A. Bern. G. R. M. Bd. VII—IX* sind die Hauptquelle; sie enthalten eine Fülle von Material und geben ein eindrucksvolles Bild von den wachsenden Schwierigkeiten der Regierung. *M. B. Nr. 30.* S. 336 ff., 348 ff., 355, 363, 365, 367, 373, 513, 522 f. *Miss. Nr. 99.* S. 399, 454 ff. *Nr. 100.* S. 476, *A. G. R. Bd. 8.* Nr. 90—94. *Bd. 9.* Nr. 67—72, 122, 133—135, 159, 211—212, *Bd. 21.* Nr. 1—45. — *W. St. A. f. 185.* Nr. 18 a. *f. 186.* Nr. 9 *Lit. A.* Nr. 14 *Lit. A. f. 187.* Nr. 47 *Lit. A. f. 188.* Nr. 48, 50 *Lit. A.* Depeschen Tassaras. — *St. B. Schaffhausen. MS. M. f. 112.* Fr. von Mülinen an J. von Müller. Bern, 27. III. 1790. *f. 125.* Erlach von Spiez an J. von Müller. Lausanne, 22. III., 5. II. 1791. *f. 186.* Steiger an J. von Müller. Bern, 4. VIII., 19. XI. 1790, 10. I., 6. XI. 1791. — *P. Mallefer, Le Pays de Vaud de 1789—1791.* Lausanne 1892. — *K. Monnard, Geschichte der Eidgenossen, Bd. 12.* Zürich 1848. S. 480 ff.

Großstaaten noch nicht so weit gediehen wie in den unmittelbar bedrohten schweizerischen Randgebieten.¹⁾

Wesentlich wirksamer, aber auch folgenreicher wurde das Eingreifen Berns und Solothurns, als sie die Eidgenossenschaft und das zögernde Basel veranlassten, österreichischen Truppen den Durchzug durch das neutrale Gebiet von Basel in das vom Umsturz unmittelbar bedrohte Bistum Basel zu gewähren, so sehr der Stadtschreiber Peter Ochs dem entgegentrat. Nach einem ungeschickten Vermittlungsversuch von Bern, Solothurn und Basel zwischen dem Fürstbischof von Roggenbach und seinen Untertanen hatte dieser mit seinem gefährlich gewordenen französischen Verbündeten gebrochen und sich seiner Rechte als Reichsfürst erinnert. Er erreichte allerdings die Unterwerfung seines Landes und erlöste die Nachbarkantone von ihrer Sorge vor Ansteckung von der Juraseite; auch bewahrte das offizielle Frankreich, der Minister Montmorin und die Generäle in Hüningen und Belfort gegenüber dem österreichischen Durchzug und der Besetzung des strategisch wichtigen Gebietes eine wohlwollende Zurückhaltung; die hetzerische Agitation Gobels und des nach Paris geflüchteten Rengger blieb vorläufig erfolglos. Allein für die Zukunft, für den Fall des Sieges der mit dieser Politik nicht einverstandenem Radikalen der Nationalversammlung war eine Sachlage geschaffen, die der Eidgenossenschaft ungemein gefährlich werden konnte.²⁾

Gegen Ende des Jahres 1791 und Anfang 1792 gediehen nun die allgemeinen Verhältnisse langsam zu der Reife, nach welcher die bedrängten schweizerischen Patrizier längst Ausschau hielten. Freilich hatte sich die Stellung der Regierungen inzwischen wieder etwas befestigt; trotz unaufhörlicher Gärungerscheinungen hielt die seit der bernischen Machtentfaltung eingetretene rückläufige Bewegung an, überall blieben die Unzufriedenen oder Neuerungs-lustigen ruhig, sei es, weil das bernische Auftreten sie erschreckt

¹⁾ *St. A. Bern. G. R. M. Bd. VII*, S. 248/51, 254/6, 284/88, 288/90, 358/9, 374/5. — *W. St. A. f.* 186. Schreiben Steigers vom 19. VI. 1790 und Discours prononcé au Comité de la Propagande par M. Duport, le 21 mai 1790. — *A. St. Torino. Mazzo 44*. Nr. 23. Mémoire transmis par l'Avoyer de la Républ. de Berne explicatif de la conduite tenue par la dite Républ. et des motifs qui l'ont déterminée au sujet des nouveaux troubles de Genève. — *L. F. O. Switzerl. Misc. Pap. Nr. 2. (F. O.) 1789—1792*. Genf an den Herzog von Leeds. 24. VII. 1790. Memorandum from the Secret Council of Bern. Juli 1790. Oberst Braun an den Herzog von Leeds. Nr. 3. Bern, 31. VII. 1790. Antwort des Herzog von Leeds vom 31. VIII. 1790. — *Mutach I.* Beilage Nr. 1. — *M. Oederlin*, Lord Robert FitzGerald, britischer Gesandter in Bern 1792—1794. Zürich 1916. S. 21 ff. — Abdruck der Denkschriften Steigers bei *K. Monnard*, Geschichte der Eidgenossen, Bd. 12. Zürich 1848. S. 710 ff.

²⁾ *W. St. A. f.* 187. Nr. 18 Lit. B, Nr. 43 Lit. A. Tassara an den Minister. Basel, 12. III., 20. VIII. 1791. — *St. A. Zürich. G. R. P. BII. Nr. 10 (1782—1791)*. S. 146 ff., 150 ff. Zürich war wegen der Folgen zuerst gegen den Durchmarsch. — *Kaulek II.* 40. — *P. Ochs*, Geschichte der Stadt und Landschaft Basel. Bd. 8, S. 113 ff. — *G. Gautherot*, Les relations franco-helvétiques de 1789 à 1792. S. 40 f., 84 ff. — *Ders.*,

hatte, sei es weil sie den Ausgang des Ringens in Frankreich abwarten wollten.¹⁾ Doch nun rückten die Deklaration von Pillnitz, die Rüstungen Frankreichs und Oesterreichs an der Rheingrenze während des Winters 1791/92, der Aufstieg der Gironde und der Thronwechsel in Oesterreich die Gefahr des Krieges zwischen Frankreich und den deutschen Mächten in die Nähe. Damit gewann die zwischen die kriegerischen Mächte eingebettete Schweiz eine grössere Bedeutung als in Friedenszeiten, und der aussergewöhnliche Charakter des drohenden Krieges liess ausserdem die Möglichkeit einer andern Stellungnahme offen, als sie die neutrale Schweiz in den bisherigen europäischen Kriegen gewohnt war. So folgte denn der diplomatische Aufmarsch, um diese schweizerische Stellungnahme zu beeinflussen.

Als erste Macht trat Frankreich auf den Plan, neben Spanien, das damals zum erstenmal einen Gesandten, Caamaño, bei der ganzen Eidgenossenschaft akkreditierte.²⁾ Unzweifelhaft hatte dieses Land, trotz allem, was vorgefallen war, vor allen andern Mächten einen grossen Vorsprung, um die Eidgenossen bei der für Frankreich günstigen hergebrachten Neutralität festzuhalten. Auch abgesehen davon, dass das Trägheitsgesetz für diese französische Politik als starker Faktor mitwirkte. Nur in langer geduldiger Arbeit konnten andere erreichen, was Frankreich schon besass: eine intime Kenntniss der anerkannt komplizierten schweizerischen Verhältnisse, der Mechanik des eidgenössischen Regierungsapparates, der einflussreichen Staatsmänner, ein Netz von Korrespondenten, welche die Botschaft mit allen Einflüssen und Geschehnissen in den Kantonen bekannt machten, eine Jahrhunderte alte Tradition.

Dazu kam, dass an Stelle des demissionierenden Marquis de Vérac — nach unerquicklichen Reibereien mit dem Geschäftsträger Bacher³⁾ — am 27. Dezember 1791 ein vorzüglicher Diplo-

La Révolution française dans l'ancien Evêché de Bâle. Bd. I. Paris 1908, S. 76 ff. — H. Buser, Das Bistum Basel und die französische Revolution 1789—1793. Basel 1896. S. 27 ff. — K. Bronner, Der Durchzug der Kaiserlichen im Jahre 1791 und die Neutralität Basels während des ersten Koalitionskrieges. Basel 1903. S. 26 ff. — E. Schlumberger-Vischer in der *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde*. Bd. 13 (1914), S. 206 ff. — Wegen seiner Stellungnahme heftig angegriffen, demissionierte Ochs damals, doch wurde die Demission nicht angenommen. Die Erinnerung an diesen Vorgang scheint sehr lebhaft bei ihm gewesen zu sein, sodass er die Besetzung des Münster- und St. Immertals im Jahr 1797 als göttliche Gerechtigkeit empfand. *St. A. Basel. Polit. Z 1* (1797—18. I. 1798). Brief vom 6 nivôse an 6 (26. XII. 1797).

¹⁾ *St. B. Schaffhausen*. f. 64. K. von Bonstetten an J. von Müller. Nyon, 22. X., 5. XI. 1791, 3. I. 1792. f. 186. Steiger an J. von Müller. Bern, 6. XI. 1791.

²⁾ *Kaulek I.* 12, 20, 71 f., 74 f., 89 ff. — *W. St. A.* f. 188. Greiffenegg an den Minister. Basel, 4. II. 1792. Der Zweck seiner Mission scheint Werbungsabsicht gewesen zu sein.

³⁾ Siehe oben S. 15. — G. Gautherot, *Les relations franco-helvétiques de 1789 à 1792*, S. 54 ff., 119 ff. — Ueber Bacher, der unstreitig der beste

mat zum Botschafter ernannt wurde, François de Barthélemy.¹⁾ Diese Ernennung — die Folgezeit lehrte das — gewann geradezu entscheidende Bedeutung für die französisch-schweizerischen Beziehungen während der Revolutionszeit: auch ein so heftiger Widersacher Barthélemys wie William Wickham musste zugeben, dass die Eidgenossenschaft es diesem Manne verdanke, wenn sie bis ins Jahr 1797 nicht in den Revolutionsstrudel hineingezogen worden sei.²⁾ Wie ein freundliches Abschiedsgeschenk des sinkenden bourbonischen Königstums an das Soldatenvolk, das ihm Jahrhunderte lang treu gedient hatte, nimmt sich die Sendung dieses letzten Ambassadors aus. Die neuerdings erschienenen Memoiren Barthélemys geben erwünschten Aufschluss über die Auffassung, die Barthélemy selbst von seiner Aufgabe hatte, von der Interpretation, die er seiner Mission unterlegte. Ein Diplomat der alten französischen Schule, mit umfassenden Kenntnissen der internationalen Zusammenhänge und Vorgänge, treu ergeben seinem Lande, überzeugter Pazifist und Gegner des aufsteigenden französischen Militarismus, ist er vor allem bemerkenswert wegen der Abneigung gegen die Revolution, die er als Vertreter des Königs, des Konventes und des Direktoriums mit seiner diplomatischen Stellung zu vereinbaren wusste: die Ueberzeugung, seinem Lande und nicht den rasch wechselnden Parteien zu dienen, vereinigte sich bei ihm mit dem persönlichen Vorteil, ausserhalb der Revolutionsstürme, ohne ins Elend des Exils wandern zu müssen, sein und

Kenner der damaligen schweizerischen Verhältnisse gewesen ist, siehe das Urteil Barthélemys in seinen Memoiren ed. *J. de Dampierre*, S. 73 f. — *Fr. Otto*, Theobald Bacher, ein elsässischer Diplomat im Dienste Frankreichs (1748—1813). (*Strassburger Beiträge zur neueren Geschichte*. 3. Bd. 1. Heft.)

¹⁾ Die beste Kenntnis dieses Mannes und seiner Mission vermittelt seine Korrespondenz, die z. T. von *J. Kaulek* und *A. Tausserat-Radel*, *Papiers de Barthélemy*, sechs Bände, Paris 1886 ff. publiziert worden ist, z. T. noch der Publikation harret. — Dazu kommen seine *Mémoires*, herausgegeben von *J. de Dampierre*. 2. Ausgabe. Paris 1914. — *F. de Crue*, *Barthélemy ambassadeur en Suisse d'après ses papiers (A. P. Vaucher Pages d'histoire par quelques-uns de ses anciens élèves)*. Genf 1895, S. 63—86). — *H. Stroehlin*, *La Mission de Barthélemy en Suisse (1792—1797)*. Genf 1900. — *Fr. Descostes*, *La Révolution française vue de l'Étranger 1789—1799. Mallet du Pan à Berne et à Londres d'après une Correspondance inédite*. Tours 1897. S. 12 ff. — *K. Morell*, *Die Schweizerregimenter in Frankreich 1789 bis 1792*. St. Gallen 1858, S. 162 f. — Das Urteil *Mallet du Pan* im „*Essai historique sur la destruction de la Ligue et de la liberté helvétique*“. 1798, S. 85 ff.

²⁾ *L. F. O. Switzerl. Misc. Pap. Nr. 73. 1797*. Wickham an Grenville, Nr. 16. Bern, 27. VI. 1797: . . . „It is indeed but justice to say that the Swiss Governments owe to him their existence at this moment in their present form. Had he executed his mission like the greater part of the agents employed in foreign countries by the French Government, or had he merely put in execution the instructions he had received, there were several moments during the continuance of the war at which it would have been impossible for the Helvetic Confederacy to have holden together . . .“

seiner Familie Wohl zu finden. In dieser Rolle seinen Zeitgenossen, Freunden und Feinden, ein Rätsel, hat er dem Lande seines Aufenthalts die Gastfreundschaft mit nie erlahmendem Wohlwollen vergolten. Seine Politik — schon rein physisch eine ausserordentliche Arbeitsleistung — war ganz die eines Staatsmannes des politischen Denkens ohne jeden revolutionären Anflug. Ihr Angelpunkt wurde die Erkenntnis, dass die schweizerische Neutralität und Unversehrtheit im militärischen, politischen und wirtschaftlichen Interesse von Frankreich liege; dass die Eidgenossenschaft aus vielen Ursachen zum Kriege völlig unfähig sei und denselben nur gezwungen auf sich nehmen werde; dass also Frankreich es völlig in seiner Hand habe, durch rücksichtsvolles Benehmen und einige Wohltaten die schweizerische Friedensstimmung unüberwindlich zu machen. So bemühte er sich denn mit allen Mitteln, den französisch-schweizerischen Bruch zu verhindern. Auf der einen Seite suchte er den Regierungen und Parteien in Frankreich die Vorteile der schweizerischen Neutralität und Integrität als in jeder Hinsicht grösser als die Revolutionierung darzustellen und die schwierige Lage der Schweiz verständlich zu machen; jede revolutionäre Propaganda lehnte er ab und warf das ihm zugesandte Agitationsmaterial ins Feuer. Auf der andern Seite brachte er den Schweizern die Ueberzeugung bei, dass trotz Unfreundlichkeiten und Gewalttätigkeiten der Revolutionäre die Neutralität Staatsnotwendigkeit sei; er machte sie auf das Aussergewöhnliche der französischen Revolution aufmerksam und veranlasste sie, durch eine korrekte Haltung den Hass und Argwohn der Gewalthaber in Paris zu vermeiden. Die französischen Rücksichtslosigkeiten schwächte er durch taktvolles Wesen ab; die innern Gegensätze der Eidgenossenschaft nützte er nicht aus, wenn es nicht das dringende Interesse der von ihm vertretenen Politik verlangte; vielmehr ermahnte er zur Einigkeit; unter der Hand beeinflusste er mahnend und drohend Regierungen und Staatsmänner durch seine Privatkorrespondenz. Mit dieser zweifrontigen Abwehr- und Vermittlungstätigkeit, mit einer für einen Zeitgenossen erstaunlichen Unparteilichkeit, brachte er der Schweiz die Ueberzeugung bei, dass mit seiner Anwesenheit die Sicherheit und Unversehrtheit der Kantone verbunden sei, und gelangte damit zu einem inoffiziellen gewaltigen Einfluss, wie ihn selbst die Angst der Regierungen vor Frankreich ihm nicht verliehen hätte, zu einer Bedeutung, die ihn sogar für die misstrauischen Revolutionäre wertvoll machte. Zweifellos ist Barthélemy der bedeutendste Diplomat, der in den 90er Jahren den schweizerischen Boden betrat.

Die Instruktionen des neuen Gesandten zeigen, dass die französische Regierung sich über die Wirkung der zweijährigen unfreundlichen Politik der Nationalversammlung und des Volkes auf die Gesinnung der Kantone ebensowenig Illusionen hingab, als sie die schweizerischen Klagen als berechtigt anerkannte. Sie machten es Barthélemy zur Aufgabe, die schweizerischen Regie-

rungen zu beruhigen, die Hilfe für die Emigranten, besonders aber den Rückzug der Regimenter zu verhindern, da diese sonst den Prinzen zulaufen würden. Neben der Forderung, dass die Schweiz sich nicht in die innern französischen Verhältnisse einmische, wurde so die Erneuerung der abgelaufenen Militärkapitulationen der wesentlichste Programmpunkt Frankreichs.¹⁾

Die Akkreditierung Barthélemys vollzog sich nochmals in den gewohnten Formen, obgleich eben die Kunde von der Begnadigung der Galeerensträflinge vom Regiment Châteauevieux eintraf und obgleich Solothurn und Freiburg zuerst Opposition machten. Der Wunsch des offiziellen Frankreich, die alte Freundschaft aufrecht zu erhalten, traf sich mit der Hoffnung der Kantone auf Wiederherstellung der königlichen Autorität und der schweizerischen Rechte, traf sich mit der Abneigung gegen eine Neuorientierung zu Oesterreich. Die wenig verhüllte Weigerung des unter emigrantischem Einfluss stehenden Solothurn, den neuen Botschafter im alten Gesandtschaftssitz aufzunehmen, nötigte allerdings Barthélemy, Ausschau nach einer neuen Residenz zu halten; Zürich, das im übrigen seine Aufgabe nach Kräften erleichterte, winkte ab und so liess er sich nach einigem Zögern im kleinen Baden nieder. Trotz der Abneigung der schweizerischen Staatsmänner gegen die Revolution, die Barthélemy auf seiner Reise durch die Kantone wohl erkennen konnte, trotz der schlechter werdenden Beziehungen der europäischen Mächte zu dem revolutionären Frankreich, zeigte es sich deutlich, dass die Kantone die Liquidation ihrer bisherigen Beziehungen zu Frankreich nur unter dem Zwange der Not vornehmen würden und dass ein halbwegs befriedigendes Abkommen ihnen willkommen gewesen wäre: zu gross war die Verflechtung der Interessen, zu sehr bestimmte eine langgewohnte Politik ihr Denken und Hoffen. Trotz der Sorge um das wankende Genf hatte Bern der Akkreditierung Barthélemys sofort zugestimmt, die Anträge Castelnaus ausweichend beantwortet, auf ein Antwortschreiben an die Prinzen verzichtet und die von Freiburg beantragte eidgenössische Konferenz mit dem Hinweis abgelehnt, dass seit langem keine Vorfälle bei den Regimentern vorgekommen seien, die eine Beratschlagung erforderten. Wenn nicht neue entfremdende Ereignisse eintraten, so war Frankreich seines grossen Einflusses auf die Schweiz nicht zu berauben.²⁾

Allein die gleiche, von politischen Gesichtspunkten unbeirrte Macht, welche die freundlichen französisch-schweizerischen Beziehungen bisher zum Erkalten gebracht und alle gegenteiligen

¹⁾ *Kaulek I.* 3 ff. Die Instruktionen sind datiert vom 22. I. 1792.

²⁾ *Kaulek I.* 9—34, 67, 74, 186 f. — *Nunz. Sviz.* 204. Vinci an Zelada. Luzern, 10. III. 1792. — *St. A. Bern. G. R. M. Bd. IX.* 310, 424/8, 438. *A. G. R. Bd. 8.* Nr. 85, 86. — *St. A. Zürich. G. R. P. BII.* Nr. 11 (1792 bis März 1794). 2 f. — *W. St. A. f.* 188. Greiffenegg an den Minister. Basel, 28. XII. 1791, 4., 7., 28. I., 4., 8., 13. II. 1792. — *Dampierre*, S. 75 f. — *Neues Berner Taschenbuch für das Jahr 1920*, S. 183 f.

Bemühungen der offiziellen Leitung illusorisch gemacht hatte, die revolutionären Massen und die unter ihrem Einfluss stehende Nationalversammlung, griffen neuerdings bestimmend in den Fluss der Ereignisse ein und machten Barthélemys schon Erfolg versprechende Anstrengungen zur Entspannung zunichte. Noch hatte sich die Wunde nicht geschlossen, welche die einseitige französische Amnestieerklärung für Châteauevieux geschlagen, als am 27. Februar 1792 die Beschimpfung und Entwaffnung des schon lange bedrohten bernischen Regimentes von Ernst durch die Marseiller Bevölkerung dem bernisch-schweizerischen Ansehen einen neuen schweren Stoss versetzte; nachdrücklicher als je wurden damit die Gefahr des Verbleibens der königstreuen Regimenter unter einer feindlichen Bevölkerung enthüllt und die Notwendigkeit, auch dieses wichtigste Band zwischen Frankreich und den Kantonen noch zu zerreißen.¹⁾ „Nous avons besoin d'un voisin puissant pour nous soutenir“, so hatte der Schultheiss Steiger gegenüber Bacher und Barthélemy die bernische Auffassung der Lage formuliert; „aucun ne nous convient mieux que la France: tous nos intérêts nous attachent à elle, quel que soit le régime qui la gouverne. Il nous faut une France puissante, unie dans son intérieur, amie de ses amis, respectant leur gouvernement comme ils respectent le sien, respectant également les précieux rapports qui les unissent à elle, comme eux ne veulent jamais s'en écarter. Mais si l'anarchie vient à prendre la place de toutes les autorités légitimes, si nos traités cessent d'être observés, si nos gouvernements helvétiques sont attaqués impunément par des sociétés françaises, alors l'intérêt de notre propre conservation nous forcera de chercher un autre soutien. Je ne sais pas quel il sera: c'est un examen que la plus dure nécessité peut seule nous mettre dans la triste obligation de faire.“

Das Ereignis von Aix war nicht alles, was im Zeichen des herannahenden Koalitionskrieges zum Abbruch der schweizerisch-französischen Beziehungen drängte. Während auf der einen Seite Solothurn und Freiburg fast offen die Partei der Gegenrevolution ergriffen, das eine, indem es den verhassten Bacher innerhalb zweimal 24 Stunden auswies, das andere, indem es erklärte, es werde für sich das Schreiben der königlichen Prinzen beantworten, kam die Kunde von der Vorbereitung des Festes für die amnestierten Soldaten von Châteauevieux und von ihrem Empfang durch die Nationalversammlung. Die Propaganda wurde wieder stärker fühlbar, die Tätigkeit einer revolutionären Druckerei in Versoix

¹⁾ *Kaulek I.* 31 f., 35/93. — *W. St. A. f.* 188. Greiffenegg an den Minister. Basel, 28. I., 1. II., 14., 21., 28., 31. III., 11., 18., 28. IV. 1792. — *St. A. Bern. G. R. M. Bd. X.* 3 ff., 23 ff., 32 ff., 48 ff., 61 f., 66, 70 ff. *A. G. R. Bd. IX.* Nr. 286, 288/9, 317/21, 324, 327, 329/30. *Bd. X.* Nr. 5/45, 52, 55, 57, 102. *Bd. XI.* Nr. 57, 59, 67/8, 72, 75, 78. — *St. A. Zürich. G. R. P. BII. Nr. 11 (1792 bis März 1794).* S. 10, 13 f. — *Dampierre*, S. 77. — *M. Godet*, *Lettres de l'Avoyer N.-Fr. de Steiger à Louis de Marval de 1777 à 1798.* (*Musée neuchâtelois. Nouv. série. 2me année.* 1915, S. 112 f.) — Siehe auch *Nunz. Sviz. Add. VII. 2.* G. F. Guerrieri an Zelada. Luzern, 26. III. 1792.

und die Annäherung französischer Truppen ins Pays de Gex beunruhigten, das Ausbleiben des Traktatensalzes verstimmte, und es war ein geringer Trost, wenn jede Nummer der „Gazette de Berne“ wiederholte, dass Frankreich keine Regierung mehr habe. Alle Bemühungen Barthélemys, den Kantonen Genugtuung, Sicherheit für ihre Truppen, Salz und die Auszahlung ihrer Renten und Kapitalien zu verschaffen, blieben erfolglos: es war, als ob es Frankreich darauf abgesehen habe, die Schweizer vor den Kopf zu stossen und ins Lager seiner Gegner zu treiben. „Chaque jour détache et brise un chaînon des liens qui nous unissaient à eux“, schrieb Barthélemy am 30. März 1792 an Dumouriez.

Nochmals erwiesen sich indessen die alten Bande als zu fest und alle Befürchtungen Barthélemys als verfrüht; nochmals wurde die Stimme der Ehre und die Angst um die Regimenter durch die schweizerische Uneinigkeit und Ueberlegungen wegen der Unterbringung der zurückgerufenen Regimenter erstickt. Wohl nützten die ausserordentlich lebhaft gewordenen Agenten der königlichen Prinzen die günstige Situation aus und drängten auf Abberufung der Soldtruppen. Wohl drang im tieferbitterten Bern die scharfe Richtung durch, die eine eklatante Kundgebung zur Wiederherstellung der bernischen Ehre verlangte, und am 16. März wurde vom König fast einstimmig der Rückzug des Regimentes verlangt, ohne dass man eine Entschuldigung oder Satisfaktion von seiten der französischen Regierung abwartete. Einen Augenblick hatte es sogar den Anschein, als ob Bern die alte freiburgische Forderung der Einberufung einer ausserordentlichen Tagsatzung an die Hand nehmen werde und der Moment der Abberufung aller Soldtruppen herangekommen sei. Aber es schien bloss so. Nachdem der erste Zorn verfliegen war, erwiesen sich die bernischen Staatsmänner wieder als die kühlen Rechner, die sich von der freiburgisch-solothurnischen Gefühlspolitik nicht hatten hinreissen lassen. Sie wussten genau, wie schwer das geschlossene eidgenössische Auftreten zu erreichen war, wenn schon Bern in Verlegenheit geriet, was es mit den heimgekehrten Truppen anfangen sollte. Auch war der plötzliche Tod Kaiser Leopolds geeignet, Unsicherheit zu verbreiten und die grosse Krise hinauszuschieben. So wurde denn der indirekte Antrag Sardiniens, gemeinsame Verfügungen mit diesem Staat und mit Genf zur Abwehr der gemeinsamen Gefahr zu treffen, ausweichend beantwortet. Der Stadt Genf sagten Bern und Zürich ihre Hilfe zu, aber die Beteiligung an einem neuen Schritt bei England wurde abgelehnt. Das völkerrechtswidrige solothurnische Vorgehen gegen Bacher, das in der ganzen Schweiz Tadel fand, wurde auch von Steiger missbilligt: „Il ne faut jamais provoquer sans nécessité des gens mal disposés.“ Auch hatte sich die französische Regierung beeilt, durch den Befehl der Wiederbewaffnung des misshandelten Regimentes, durch Belobung desselben und — ungeschickte — Dekorierung ihres Chefs eine Art Genugtuung zu bieten. So fand denn die aufseherregende

Beleidigung des mächtigen Bern in der überstürzten, aber in der Schweiz applaudierten Abberufung des Regimentes ihren Abschluss, zumal als einem unerwartet gemässigten Schreiben Berns an den König statt der erwarteten und von Barthélemy warm empfohlenen Satisfaktion eine ziemlich scharfe Antwort Dumouriez' folgte; auch der Zwischenfall des Regimentes Steiner, das sich geweigert hatte, ohne Zustimmung des Standes Zürich nach Südfrankreich zu marschieren, und ein in Zürich Missvergnügen erregender Briefwechsel mit der französischen Regierung vermochten die ökonomischen Bedenken der Abberufung nicht zu überwinden. Wenn dann auch schliesslich am 14. April das von Luzern beantragte Vorstellungsschreiben an den König wegen der Sicherheit der Regimenter abging, so zeigte doch die zürcherische Weisung an die Offiziere des Regiments Steiner, keine Politik zu treiben und den Gesetzen der Nation zu gehorchen, dass die schärfere Tonart Dumouriez' Eindruck gemacht hatte. Ohne Anstoss von aussen, das war nun klar, vollzog die uneinige Eidgenossenschaft die doch unvermeidliche Liquidation des Solddienstes nicht, und noch viel weniger liess sich eine Neuorientierung ihrer Aussenpolitik erwarten.

In diesem Moment der starken Lockerung der französisch-schweizerischen Beziehungen trat das von Steiger ersehnte und erwartete Ereignis ein, das nicht ohne grossen Eindruck auf das weitere schweizerische Verhalten sein konnte: am 20. April 1792 begann mit der französischen Kriegserklärung an Oesterreich der Kontinentalkrieg und der latente Antagonismus fand seine Entladung.¹⁾

Bei dem eigenartigen Doppelcharakter des ausbrechenden Kampfes — Revolutions- und bald auch Eroberungskrieg — hob für die Eidgenossenschaft eine Periode zugleich moralischer, geistiger, militärischer und wirtschaftlicher Anspannung und der ständigen Unruhe an, wie sie in dieser Form kaum wieder da war. Sogar die hauptsächliche Frage, ob die schon stark eingewurzelte Neutralität beibehalten werden solle, konnte bei dem von frühern Kriegen abweichenden Charakter des Ringens nicht ohne weiteres bejaht werden: politisch einflussreiche Staatsmänner und Kreise der Patrizierkantone sahen in Oesterreich und Preussen die Verteidiger der bedrohten sozialen Ordnung und waren der Ueberzeugung, dass die Würfel auch über das schweizerische Schicksal geworfen würden, eine Auffassung, die durch die eigenen Erfahrungen mit der Revolution nur bestärkt werden konnte. Schon

¹⁾ *M. Godet* a. a. O., S. 112: „Je me persuade toujours que les projets des P. P. (puissances), suspendus pour quelques moments par la mort de l'empereur, vont être repris avec plus d'activité par son successeur plus actif et plus militaire et qui a de plus la mort d'un père à venger. Et il me paraît difficile que Sa Maj. Pruss. n'y prenne quelque part. D'ailleurs le mal devient chaque jour plus urgent et menace d'embraser l'Europe entière, si on ne l'arrête bientôt“.

im Herbst 1791 konnte man in Bern aus senatorischem Munde vernehmen, dass im Falle einer allgemeinen Koalition zur Wiederherstellung der französischen Ordnung Bern zweifellos vernünftigen Anforderungen der Mächte nachgeben müsse; die seitherigen Geschehnisse, die in den aristokratischen Kreisen allgemein herrschende Auffassung von den Revolutionären als einer „horde abominable de canailles et de poltrons“, der Glaube an den leichten Sieg über das desorganisierte Frankreich und das Erwachen ehrgeiziger und machtpolitischer Instinkte in Bern waren nur zu sehr geeignet, den Gedanken an die militärisch-finanzielle Ohnmacht und Uneinigkeit der Eidgenossenschaft und alle sonstigen Hemmungen zu schwächen.¹⁾ Vor allem stand zu erwarten, dass die kriegführenden Mächte des alten Europa, Oesterreich und Preussen und das bedrohte Sardinien, nicht unterlassen würden, die Mitwirkung der Kantone unter Berufung auf den die ganze europäische Ordnung bedrohenden Charakter der Revolution herbeizuführen. Die Wirkung der seit der Konvention von Reichenbach gegen Frankreich eingestellten Politik der deutschen Mächte machte sich endlich auch gegenüber der Schweiz geltend: hatte früher Bern das Aufsehen von Europa angerufen, so war nun die Reihe an den Mächten; dem französischen folgte jetzt der diplomatische Aufmarsch der Gegenrevolution und das Ringen um die schweizerische Neutralität nahm seinen Anfang.

Vorarbeit hatten die Mächte noch keine geleistet, irgend eine Ermutigung war den schweizerischen Kantonen nicht zuteil geworden. Noch am 29. Februar 1792 hatte der Wiener Hof den Residenten Greiffenegg angewiesen, über die französischen Angelegenheiten — und nur wenn es nicht zu vermeiden sei — eine von Drohungen und Verlegenheit entfernte standhafte Sprache zu führen; ja sogar nach Kriegsausbruch — die geheime Mission Marvals hatte schon begonnen — musste Greiffenegg darauf hinwirken, dass Basel und gleichdenkende Kantone strenge Neutralität wahren und keinen französischen Durchzug gestatten sollten. Nur die Agenten des Hofes von Koblenz, besonders der Baron von Castelnau, hatten an der Vorbereitung des Terrains gearbeitet; ihre eifrige Agitation galt dem Ziel, allen Anforderungen Frankreichs an die Kantone entgegenzuwirken, die Abberufung der Regimenter herbeizuführen, den Glauben an den baldigen französischen Zusammenbruch und den Kampfwillen durch Verkleinerung der Gefahren eines Krieges zu stärken. Allein obgleich die Ausschreitungen in Frankreich ihre Arbeit wesentlich erleich-

¹⁾ *St. B. Schaffhausen. MS. M. f. 148.* Stürler von Altenberg an J. von Müller. 23., 24. IX. (1791). 15. IV. (1792): „...„Malheureusement on croit ici comme à Coblenz que les nationaux français ne sont qu'une bande de canailles qui ne se défendront pas une minute et que la contre-révolution se fera aussi aisément et d'un bout du royaume à l'autre, en quatre jours de temps comme la révolution s'est faite et qu'il n'y a qu'à marcher pour envoyer l'assemblée nationale aux galères et rétablir l'ancien gouvernement...“ id. 21. IV. (1792).

terten, hatten sie nur in Solothurn, Freiburg und etwa noch Luzern etwelche Erfolge gehabt und durch ihr exaltiertes Gebahren eigentlich der gegenrevolutionären Sache mehr geschadet. Ueber die Begünstigung der Werbung im Bistum Basel und im Solothurnischen und die erwähnten freiburgisch-solothurnischen antirevolutionären Gesten ging die reale Wirkung ihrer Agitation nicht hinaus; Bern hielt zurück, und die eidgenössische Beantwortung des Schreibens der Prinzen war durch Zürich hinausgezögert und schliesslich verhindert worden: die nüchternen Schweizer verkannten eben nicht, dass hinter den prinzlichen Versprechungen keine reale Macht stehe.¹⁾

Die Aktion zur Gewinnung der Kantone ging — eigenartigerweise — von Preussen aus, nachdem dieser Staat und Oesterreich einig geworden waren, dass zu der in Aussicht genommenen Koalition auch die Eidgenossenschaft eingeladen werde.²⁾ Nicht sicher lässt sich bestimmen, ob der von Oesterreich vorgeschützte Grund, es habe nur einen Residenten in der Schweiz, oder das dem Wiener Hof nicht unbekannt Misstrauen der Kantone gegen alles, was vom Kaiser kam, oder endlich die geringe Bewertung der schweizerischen Kooperation durch die österreichischen Minister schuld daran waren, dass die Aufgabe Preussen übertragen wurde; die Affäre des Regimentes von Ernst trug jedenfalls wesentlich bei, die Mächte auf den Beitritt der Kantone, besonders von Bern, hoffen zu lassen. Der Auftrag des Staatsrates Louis de Marval — um nicht aufzufallen, war ein Neuenburger bestimmt worden — bestand in der Sondierung der schweizerischen Staatsmänner wegen des Beitritts zu einer Intervention in Frankreich — „de savoir en cas d'acquiescement de leur part jusqu'à quel point et par quels moyens ils voudraient coopérer au but commun et de les engager à munir en conséquence de leurs pouvoirs et instructions une personne de confiance à Vienne“. Dieser Hauptzweck der Marvalschen Mission sollte streng geheim gehalten werden, nach aussen wurde sie als ein Beweis der Achtung des Königs gegenüber der Schweiz und Bern motiviert; irgendwelche Versprechungen, um die Schweiz zur Mitwirkung zu bewegen, fehlten. Daraus geht hervor, dass man an den beiden Höfen nicht an die Ausübung eines Druckes dachte, wie ihn die schweizer-

¹⁾ *Kaulek I.* 12, 21, 27/29, 35 f., 42 f., 63 f., 67 f., 75, 81, 92 f., 130. — *W. St. A. f.* 188. Greiffenegg an den Minister. Basel, 21. XII. 1791, 1., 8. II., 18. IV. 1792. *f.* 215. Der Minister an Greiffenegg. Wien, 29. II., 16. V. 1792. — *St. A. Bern. G. R. M. Bd. IX.* 428. *A. G. R. Bd. 8.* Nr. 66—68, 71, 78—80, 85—86. — *St. B. Schaffhausen. MS. M. f.* 148. Stürler von Altenberg an J. von Müller. 23., 24. IX. (1791).

²⁾ *G. St. A. Berlin. Rep. XI.* 260. *f.* 120. In einer „Notes sur la Suisse“ betitelten Denkschrift vom 17. II. 1792, wurde die Gewinnung der Schweiz als unzweifelhaft bezeichnet. Dieselbe biete mehrere Vorteile, treue Truppen, günstige Lage an der französischen Grenze, gefüllte Zeughäuser; dagegen fehle es an Geld zur Kriegführung und die Frage der Zukunft der Schweizerregimenter in Frankreich müsse zuerst gelöst sein.

zerische Öffentlichkeit befürchtete: um den Preis von Subsidien wollte man also die ohnehin nicht hoch eingeschätzte Hilfe der Kantone nicht gewinnen.¹⁾

Ungefähr gleichzeitig erfolgte die Werbung des bedrohten Sardinien, diesmal nur bei Bern. Die Gefahr einer französischen Invasion in das von der revolutionären Agitation aufgewühlte Savoyen liess den Hof von Turin Ausschau nach Bundesgenossen halten. Frühere Kriege hatten gezeigt, dass die berggeschiedene und unbefestigte Provinz gegen den französischen Angriff nicht oder doch nur sehr schwer zu halten war. Nur wenn sich Genf als fester Stützpunkt und Bern als Flankendeckung gewinnen liessen, war überhaupt an eine Verteidigung zu denken. Der Kommandant von Carouge, de Varax, sollte daher Bern und Genf eine Defensivkonvention vorschlagen: auf vorherige Einladung Genfs sollte Bern genügend Truppen dorthin entsenden, während Sardinien das erst nach Kriegsausbruch tun würde, um nicht Verdacht zu erregen. Nach abgemachtem Plane sollten, an diesen zentralen Stütz- und Verbindungspunkt angelehnt, auf der einen Seite die bernischen Truppen die waadtländische und genferische Grenze decken und zusammen mit Genf die Einschiffung französischer Truppen über den See verhindern, während auf der andern Seite die sardinischen Truppen diese Aufgabe übernahmen und die Zugänge nach Savoyen verteidigten. Im Falle eines blossen Angriffs auf Savoyen erwartete man indessen auch von Bern und Genf Truppen und Artillerie und die Gestattung des Rückzuges in die Mauern von Genf. Endlich sollte das Regiment von Ernst für Sardinien angeworben werden.²⁾

Bevor noch die beiden Werber des alten Europa ihre Tätigkeit aufnehmen konnten und bevor die Tagsatzung zum Entscheid über die schweizerische Haltung zusammengetreten war, hatte die

¹⁾ *G. St. A. Berlin. Rep. XI. 260. f. 120.* Au roi. Berlin, 10. IV. 1792. Depesche an Marval. Berlin, 10. IV. 1792. Auf dieses Datum lautet auch das Kreditiv. *f. 114.* Der Minister an Marval. Berlin, 27. IV., 1., 17. (Nr. 2) V. 1792. An Beville. Berlin, 2. V. 1792. — Marval wurde besonders an Steiger verwiesen. Die Instruktion vom 10. IV. spricht noch nicht von der Aufnahme Neuenburgs in die schweizerische Neutralität. — Die Arbeit von *A. Pfister*, *Die Schweiz und Preussen 1792—1795* (die Mission des Gesandten Marval). Schiers [1904], wird im folgenden nicht mehr zitiert. Sie ist auf die Akten des Preussischen Geheimen Staatsarchivs aufgebaut, schöpft aber das Material nicht aus und ermangelt des wissenschaftlichen Apparates. — *W. St. A. f. 189.* Greiffenegg an den Minister. Basel, 9. V. 1792.

²⁾ *A. St. Torino. Mazzo 44.* Nr. 25. Note concernant quelques arrangements à prendre avec le canton de Berne pour la défense commune de la Savoie et de Genève contre l'irruption et invasion que les Français pourraient tenter. (Sie wurde am 29. IV. 1792 dem Gesandten zugeschickt.) *Mazzo 43.* De Varax an den Minister. Bern, 8., 10., 13. V. 1792. Carouge, 19. VI. 1792. — *St. B. Schaffhausen. MS. M. f. 148.* Stürler von Altenberg an J. von Müller. 15. (Mai 1792). B., 27. Mai (1792). — *G. St. A. Berlin. Rep. XI. 260. f. 114.* An Marval. Berlin, 24. V. 1792.

der französischen Kriegserklärung an Oesterreich unmittelbar folgende Besetzung des Pruntrut durch General Custine (28. April 1792) diese Entscheidung stark beeinflusst. Diese Okkupation nach dem sofortigen Abzug der österreichischen Besatzung, die sich auf den Artikel III des Vertrages von 1780 stützte, deckte sofort einen wichtigen Teil der westlichen Schweizergrenze ab und rief grosse Aufregung bei den angrenzenden Kantonen und die Befürchtung hervor, dass auch die mit der Schweiz durch verschiedene Burgrechte und Verträge verbundenen Teile, Biel, Erguel, Moutiers-Grandval und Bellelay besetzt würden. Das eidgenössische Aufsehen wurde angerufen. Bern schickte sofort 1000 Mann Infanterie, eine Compagnie Chasseurs und die zugehörige Artillerie nach Nidau, weitere zweitausend Mann wurden auf Pikett gestellt, um bei der Annäherung der französischen Truppen zum Pierre Pertuis vorzurücken; Solothurn hatte schon vorher seine französischen Grenzen und kurz darauf Bellelay besetzt, während Basel es weniger eilig hatte. An der Entschlossenheit dieser Kantone im Falle feindlicher französischer Absichten war also nicht zu zweifeln. Doch trat rasch wieder eine gewisse Beruhigung ein: der Aufschub des französisch-sardinischen Krieges und der Abzug der französischen Truppen aus dem Pays de Gex verminderten die Gefahr und den Druck von dieser Seite her für einmal und machten die bereits angehobenen bernischen Militäranstalten weniger dringlich; die Zusicherung Custines und Barthélemys, dass die schweizerische Neutralität respektiert werde, der Stillstand des französischen Vormarsches an den Grenzen Neuenburgs und der Juratäler und die monatelange französische Zurückhaltung gegenüber den Umsturzlustigen des Pruntrut berechtigten zu der Annahme, dass Frankreich nichts gegen die Schweiz im Schilde führe. Auch bot der Aufmarsch der Heere in den österreichischen Niederlanden eine gewisse Garantie, dass der Hauptzusammenstoss fernab von den schweizerischen Grenzen erfolgen werde. All das vermochte aber die wichtige Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, dass in bedrohlicher Nähe der Frankreich am ungünstigsten gesinnten Kantone Bern, Solothurn und Freiburg die Schweizerflanke aufgerissen war und damit ein starker Druck auf deren Entschliessungen geschaffen wurde. Die Besetzung des Pruntrut, schrieb Barthélemy am 5. Mai an Dumouriez, „en même temps qu'elle met à couvert plusieurs de nos départements, contient dans une crainte salutaire quelques cantons suisses, qui auraient pu se permettre de remuer, si l'ensemble des circonstances nous eût été moins favorable“.¹⁾

Dazu kam, dass bei allem Glauben an die französische Niederlage der Mut der französischen Kriegserklärung, das Verhalten

¹⁾ *Kaulek I.* 86, 98, 103 f., 109 ff., 112, 116, 119 ff. — *W. St. A. f.* 188. Greiffenegg an den Minister. Basel, 1. II., 18., 28. IV. 1792. — *G. St. A. Bernlin. Rep. XI.* 260. f. 114. Marval an den König. Neuenburg, 3. V. 1792. Note. — *St. A. Bern. G. R. M. Bd. X.* 73 f., 83, 85, 91 f., 100 ff., 109, 112, 123 f.,

der Truppen und besonders die Politik Dumouriez' gegenüber der Schweiz den Eindruck nicht verfehlten. Der Einzug des letztern ins Ministerium des Aeussern machte dem Zustand ein Ende, dass die Minister die eidgenössischen Interessen gegenüber der Volksvertretung und dem Volk in Schutz nahmen. Der erste bestimmte revolutionäre Aussenminister, dem durch seinen Briefverkehr mit Peter Ochs eine bessere Kenntnis der schweizerischen Verhältnisse und Stimmung zur Verfügung stand, legte sich zwar ins Zeug, um die Kantone zu gewinnen und sie von ihrer Hinnéigung zum alten Europa zurückzuhalten; dabei wollte er sich besonders auf die demokratischen Kantone stützen. Allein er schlug gegenüber Bern, Solothurn und Freiburg eine schärfere Tonart an und verlangte bei aller Absicht, den Bruch zu vermeiden, eine exaktere Neutralität und ein grösseres Verständnis für die französische revolutionäre Bewegung; er neigte einer aktiven Politik zu und war bemüht, den revolutionären Standpunkt zu rechtfertigen und zu propagieren und benützte dazu alle Mittel der Gewinnung und der Einschüchterung. „Il est temps de prendre la contenance qui nous convient. Il est temps que l'on sache en Suisse que, si nous savons apprécier l'utilité de notre alliance avec ce pays, nous savons aussi que ce pays ne peut pas se passer de la France; que, s'il était assez imprudent pour séparer ses intérêts des nôtres, la nécessité nous le ramènerait bientôt; qu'au surplus les troupes qu'il nous fournit ne nous sont pas indispensables, et qu'à tout événement nous aurions toujours les moyens de le forcer à la plus parfaite neutralité à notre égard. On s'abuserait beaucoup, si l'on se flatte que, sans rompre décidément avec nous, on pourra servir la cause de nos ennemis par des moyens secrets ou indirects. Nous ne nous contenterons pas d'une marche tortueuse, d'une conduite ambiguë, de la part du Corps helvétique.“ Seine Taktik ging unverkennbar auf eine Ausnützung der schweizerischen Gegensätze aus: während er Zürich, Basel, Luzern und die innern Orte durch Beförderung der Salzlieferung und des Rentengeschäftes, durch die Aussicht auf Erneuerung der Kapitulationen usw., aber auch durch Bestechung einflussreicher Persönlichkeiten zu gewinnen suchte, formulierte er gegenüber Solothurn und Freiburg die französischen Gegenklagen wegen des Verhaltens gegenüber Barthélemy, wegen des Briefes an die königlichen Prinzen und forderte von Solothurn die Ausweisung der Agenten der Prinzen, die Ueberwachung der Emigranten und Genugtuung für die Ausweisung Bachers; der von Bern verlangte Abzug des Regiments von Ernst wurde — entgegen den Befürchtungen Barthélemys — sofort bewilligt und der Botschafter instruiert, er habe

129 f., 143, 146 f. *A. G. R.* Bd. 24. Nr. 35, 36, 38. — *G. Gautherot*, *La Révolution française dans l'ancien Evêché de Bâle*. Bd. I, S. 124 f. — *Ders.*, *La Lutte d'une abbaye jurassienne contre la Révolution française*. Bellelay de 1792 à 1798 (*Extrait de la Revue de Fribourg* 1903), S. 9. — *M. Godet* a. a. O., S. 113 f.

den Anschein zu meiden, als bemühe sich Frankreich noch um das Regiment.¹⁾

Die Gefährdung der Schweizergrenze durch die westlich und östlich des Rheins aufmarschierenden Heere, die Okkupation des Pruntrut und die Notwendigkeit, dem grossen Ringen gegenüber einen prinzipiellen Standpunkt einzunehmen und ihn den kriegsführenden Mächten anzuzeigen, führten nun im Mai 1792 die von Freiburg längst geforderte, aber immer wieder abgelehnte ausserordentliche Tagsatzung herbei, nachdem bereits die Grenzkantone Bern, Solothurn und Basel ihre Neutralität erklärt hatten und die Absendung helvetischer Repräsentanten nach Basel und die Bereithaltung der kantonalen Kontingente beschlossen worden waren. Ihr voraus gingen lebhaft geheimer Verhandlungen und Tastversuche; Mittelpunkt war besonders Bern, das wegen seiner Macht, wegen seiner geographischen Lage und seiner bekannten antirevolutionären Stimmung eine besondere Anziehungskraft ausübte. Freilich, schon in diesen Unterhandlungen der Vertreter Preussens und Sardinien mit dem heftigsten Revolutionsgegner, Schultheiss Steiger, dem sie den Zweck ihrer geheimen Mission anvertrauten, liess sich die Stellungnahme Berns und der Eidgenossenschaft zum voraus erkennen. „Son Excellence“, schrieb Marval am 8. Mai nach seiner Unterredung mit Steiger, „m'a assuré positivement qu'il était impossible que la Suisse prît aucune part au concert des puissances relatif à la France et cela vu ses traités avec cette couronne, les troupes qu'elle a à son service, le danger auquel elle s'exposerait de voir son pays le théâtre d'une guerre, la nature de ses gouvernements; la qualité et la formation de ses troupes qui ne sont que des milices, à la vérité très disposées à défendre vigoureusement ses foyers, mais qui n'auraient pas la même bonne volonté pour une guerre étrangère; vu encore la diversité d'opinions entre les cantons qui opérerait infailliblement une scission dans le louable Corps helvétique, la chose du monde la plus à redouter en tout temps, mais surtout dans le moment présent.“ Aber Bern hatte auch noch seine speziellen Gründe, eine neutrale und abwartende Stellung einzunehmen; es galt, die Kräfte zusammenzuhalten zur Ueberwachung der unter der Asche glühenden Bewegung in der Waadt, zum Schutz der eigenen Grenzen und zur Hilfeleistung für das Bistum Basel, Neuenburg und Genf. Subsidien wurden von Steiger als unneutral abgelehnt, zumal Bern selbst für Militäranstalten und Getreidebeschaffung beträchtliche Aufwendungen machen müssen. In ähnlicher Weise wurde der sardinische Abgesandte abgewiesen; Steiger riet ihm jeden

¹⁾ *Kaulek I.* 57 ff., 67 ff., 72 f., 74 ff., 79, 84 f., 86, 95 f., 99 ff., 111, 113 ff., 118 f., 131, 138 ff., 145. — *St. B. Schaffhausen. MS. M. f. 148.* Stürler von Altenberg an J. von Müller. B., 6. V. (1792). — *A. A. E. Bd. 426, S. 317.* Observations importantes sur la Suisse, publiziert von *E. Schlumberger-Vischer* in der *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde. Bd. 20 (1922), S. 360 ff.*

öffentlichen Schritt ab: „Une convention quelconque avec une puissance étrangère qui ne serait même que défensive, pourrait nous attirer des hostilités de la part des Français et compromettrait les autres cantons qui sont obligés de nous secourir au besoin.“ Die Abtretung des heimkehrenden Regimentes von Ernst wurde abgelehnt, auch sonst fanden die sardinischen Anträge und Argumente ausweichende Antwort, und man verwies de Varax auf die Entschliessungen der anhebenden Tagsatzung. Alles, was die beiden Abgesandten erreichten, war einmal die Versicherung, dass Bern sofort beträchtliche Kräfte zum Schutze von Genf marschieren lassen werde, aber erst wenn es bedroht sei und Hilfe verlange, und das Versprechen, dass man die vertragliche Hilfe von 6000 Mann an Frankreich und die Beteiligung der Regimenter am Kampfe gegen die Koalition verhindern werde. Die glatte Ablehnung der alliierten und sardinischen Anträge war umso bemerkenswerter, als die beiden Gesandten erkennen konnten, wie bestimmt revolutionsfeindlich man — mit verschwindenden Ausnahmen — in Bern und in der Schweiz überhaupt gesinnt war. „Tous les magistrats de cette république,“ meldete de Varax am 19. Juni, „paraissent extrêmement indisposés contre le parti qui domine actuellement en France, et désire(nt) ardemment qu’il soit anéanti; ils manifestent ouvertement que quel que soit le caractère que puisse prendre cette révolution, leur canton ne renouvellera aucune capitulation, ni ne contractera aucune espèce d’engagements avec ce royaume, que le roi n’ait assez d’autorité pour traiter librement et sûrement avec les puissances étrangères. Toutes nos conventions et alliances avec la France, disent-ils, ont été faites avec le roi, nous ne pouvons et ne devons jamais traiter qu’avec lui.“ Und gerade Steiger machte kein Hehl aus seinem Hasse gegen die Revolution. „Monsieur l’avoyer Steiger qui a la plus grande influence à Berne, est ennemi juré de la révolution de France, au point que son opinion est si tranchante qu’elle est tournée en ridicule par ses adversaires, quoiqu’ils soient essentiellement de son avis à cet égard.“¹⁾

Am 13. Mai wurde in Frauenfeld die ausserordentliche Tagsatzung von Bürgermeister Kilchsperger von Zürich eröffnet und der Schwerpunkt der Verhandlungen und geheimen Beeinflussungen wurde dorthin verlegt. Barthélemy begrüßte die Versammlung durch ein sympathisches und geschicktes Schreiben, worin mit besonderm Nachdruck der eidgenössischen Einigkeit das Wort geredet wurde. Der Gedanke einer ausserordentlichen französischen Mission nach Frauenfeld war fallen gelassen worden; Frank-

¹⁾ *Kaulek I.* 103, 104, 106 f., 109, 110, 112, 121. — *G. St. A. Berlin. Rep. XI.* 260. f. 114. Marval an den Minister. Neuenburg, 26. IV. 1792. Marval an den König. Nr. 2, 3. Neuenburg, 3., 8. V. 1792 und Notes. Nr. 4. Solothurn, 11. V. 1792. Nr. 9. Neuenburg, 2. VI. 1792 und Brief von Frauenfeld, 5. VII. 1792. — *A. St. Torino. Mazzo* 43. De Varax an den Minister. Bern, 8., 10., 13., 20. V. 1792. Carouge, 19. VI. 1792. — *St. A. Bern. A. G. R. Bd. 24.* Nr. 26.

reich wurde durch den Gesandtschaftssekretär Laquante und hierauf durch Barthélemy vertreten. In Frauenfeld erschien auch Marval, nachdem er sein Beglaubigungsschreiben schon in Bern vorgewiesen hatte. Seine geheime Mission konnte er jetzt damit verschleiern, dass er den von Neuenburg dringend gewünschten und vom preussischen Hof gebilligten Einschluss von Neuenburg und Valangin in die schweizerische Neutralität vertrat und das analoge Gesuch des Fürstbischofs von Basel unterstützte. Diese Maske war nicht überflüssig; der anfangs optimistische Marval hatte nach Bern in Solothurn und in Zürich eine Reihe von Enttäuschungen erlebt. „Si le concert des puissances s'était effectué beaucoup plus tôt et avant qu'il y eût des troupes françaises dans le voisinage,“ meldete er nach einer Unterredung mit Zeltner, Wallier und von Glutz aus dem antirevolutionären, aber eingeschüchterten Solothurn, „peut-être alors Soleure aurait désiré que la Suisse y prît une part active, aujourd'hui il ne souhaite qu'une neutralité où l'on comprenne nominativement tous les Etats enclavés dans l'enceinte naturelle de la Suisse.“ Eine eigentliche Enttäuschung aber erwartete ihn in Zürich, wo Bürgermeister Kilchsperger und der Seckelmeister David von Wyss eine nüchterne Interessenpolitik vertraten und wo das geschickte Benehmen Barthélemys — wie Marval konstatieren konnte — unverkennbaren Eindruck gemacht hatte. Nicht nur wurde hier, wie schon vorher in Bern und Solothurn, der vorsichtig geäußerte Gedanke, sich durch einen eidgenössischen Gesandten in Wien vertreten zu lassen, als mit der kantonalen Eifersucht unverträglich zurückgewiesen, sondern selbst die von Marval befürwortete Aufnahme Neuenburgs in die Neutralität mit einiger Reserve aufgenommen, während das preussische Eintreten für das Bistum Basel gut aufgenommen wurde. Ganz unverhüllt trat dem preussischen Gesandten der neben der Revolutionsfurcht beherrschende Gedanke der eidgenössischen Politik jener Jahre entgegen, den Barthélemy so geschickt zu nähren wusste: das Misstrauen gegen die Absichten Oesterreichs, das im weniger bedrohten Zürich nicht wie in den westlichen Kantonen von der Revolutionsangst aufgezehrt wurde.¹⁾

In Frauenfeld konnte sich Marval endgültig davon überzeugen, dass seine geheime Mission völlig aussichtslos sei. „La Suisse n'entrera donc point dans la coalition des puissances, mais ne fera rien pour la croiser, et plusieurs Etats même feront des vœux pour ses succès. Mais rien que des vœux.“ Die Instruktionen aller Ab-

¹⁾ *Kaulek I.* 125, 127 ff., 152. — *G. St. A. Berlin. Rep. XI.* 260 f. 114. Marval an den Minister. Neuenburg, 26. IV. 1792. Marval an den König. Nr. 2, 3 und Notes. Neuenburg, 3., 8. V. 1792. Nr. 4. Solothurn, 11. V. 1792 und Frauenfeld, 16., 21. V. 1792. An Marval. Nr. 1., 2. Berlin, 10., 17. V. 1792. — Nach dem Ausbruch des Krieges wurde der Vorschlag der Absendung eines schweizerischen Vertreters nach Wien als unnötig fallen gelassen. — *St. A. Bern. A. G. R. Bd. 24.* Nr. 69. — *Eidg. Abschiede. Bd. 8,* S. 168 f.

geordneten lauteten auf Neutralität: „Le grand cri à Frauenfeld et dans tous les conseils de la Suisse, c'est neutralité.“ Der preussische Gesandte glaubte sogar zu erkennen, dass der Vorort durch Langsamkeit seiner Akkreditierung Schwierigkeiten in den Weg legte und dass, wenn der preussische König nicht Herr von Neuenburg gewesen wäre, „sa mission aurait fait peu de plaisir et donné des soupçons et de l'ombrage à plus d'un Etat“. Auch den Gründen des schweizerischen Verhaltens trat Marval bei der Sondierung der Tagsatzungsabgeordneten näher; er konnte sich überzeugen, dass man trotz aller Vorkommnisse selbst in Freiburg noch sehr am französischen Militärdienst hing, dass das Schicksal der Soldtruppen der feindlichen Haltung der Schweiz gegen Frankreich stärkste Hindernisse in den Weg legte. „La considération du sort des troupes suisses qui sont au service de France, aurait toujours empêché les Suisses de prendre aucune part aux armements contre ce royaume.“ Freilich, der Hauptgrund war die Angst vor Frankreich: „Tant ces visites que les conversations avec tous les députés, l'ont convaincu que l'on est en Suisse dans une peur effroyable des Français et que ce sentiment conduisait la majorité.“ Marval wurde es im Verlaufe seiner Mission auch völlig klar, welch immensen Vorsprung die französische Botschaft mit ihrer Personen- und Ortskenntnis vor dem mit den komplizierten Institutionen und Gebräuchen der Schweiz unvertrauten Gesandten der Koalition besass: ... „Il eût fallu travailler pendant plus d'une année et dans chaque canton séparément pour avoir seulement la plus légère apparence de succès“; und um überhaupt selbst bei den aristokratischen Kantonen Erfolg zu haben — Marval berührte damit die schwache Stelle seiner völlig fehlgeschlagenen Mission — „il eût fallu leur présenter un plan par lequel on leur eût offert une capitulation pour leurs troupes ou des subsides déterminés“. So blieb denn dem preussischen Gesandten nichts anderes übrig, als seine Anstrengungen auf die Aufnahme Neuenburgs und des Bistums Basel in die schweizerische Neutralität zu konzentrieren und die Erneuerung der Kapitulationen zu hintertreiben.¹⁾

Marval hatte richtig geurteilt, wenn er die Neutralitätserklärung voraussah. Auch die bernischen Instruktionen für die Tagsatzungsabgeordneten verlangten strikte Neutralität und lehnten namentlich alle Anträge und Unterhandlungen mit fremden Mächten ab; noch weiter gingen die zürcherischen; sie befahlen, für die Beobachtung einer strengen Neutralität und den Einschluss von Neuenburg, Münstertal und Erguel einzutreten, während man für das Pruntrut bestimmt „von allen onerosen Mitteln und Verflechtung oder Verbindlichkeit mit sich führenden Vorschlägen“ absehen wollte und selbst die Genehmigung für den Entwurf „güt-

¹⁾ *G. St. A. Berlin. Rep. XI. 260. f. 114.* Marval an den König. Frauenfeld, 16. V. 1792: ... „l'intérêt des officiers et l'impossibilité de la plupart des Etats de leur faire un sort et aux soldats, retiendra longtemps et peut-être toujours une résolution si salutaire...“ *id.* 17., 21. V. 1792.

licher Intercessionalia“ verlangte; auch über einen allfällig stärkern Schutz von Genf und über die Abfassung des Schreibens wegen der kapitulationsmässigen Verwendung der Soldtruppen äusserte sich Zürich sehr reserviert.

Auch die Gründe, die nach Marval die Entschliessungen der Kantone und der Tagsatzung bestimmten — die eidgenössische Uneinigkeit, die Sorge um die Soldtruppen, die Angst vor Frankreich und Ueberlegungen finanzieller und militärischer Natur — entsprachen zweifellos den Tatsachen; doch war damit die Atmosphäre, aus welcher die Neutralitätserklärung vom Mai 1792 entstanden ist, und die Einstellung der schweizerischen Staatsmänner nur ungenügend und einseitig erklärt. Neben den bisher überwiegenden Gefühlen der Erbitterung über Kränkungen und materielle Verluste kamen seit dem Ausbruch des Krieges noch andere Ueberlegungen zu ihrem Recht. Man war zu sehr gewohnt, in Frankreich die Stütze der auswärtigen Stellung der Schweiz, den Rückhalt gegen Oesterreich und die dort vermuteten Restaurationspläne zu erblicken, als dass nicht die Sorge vor der völligen Niederlage und Zerstückelung Frankreichs und einer stärkern Umfassung und Abhängigkeit der Schweiz von Oesterreich, ja die Gefahr der Aufhebung des westfälischen Friedens durch den siegreichen Kaiser mit ihren Folgen für die schweizerische Unabhängigkeit lebendig geworden wären. Solche Nachdenklichkeit zu schärfen, war ein Vergleich des damaligen französischen Verhaltens mit dem der gegenrevolutionären Mächte sehr geeignet: während letztere durch eine geheime Sondierungsmission einerseits die Schweiz zur Teilnahme am Kriege drängten, ohne irgendwelche militärische und finanzielle Hilfe in Aussicht zu stellen oder der Schweiz formelle Anträge zu machen, stellte der österreichische Resident Greiffenegg in Aussicht, dass der Kaiser die schweizerische Neutralität respektieren werde, agitierten die Emisäre der Prinzen — ein solcher, Barthez de Marmorières, erschien auch in Frauenfeld — für die Abberufung der Regimenter und den Bruch mit Frankreich, und die Verhandlungen des spanischen Gesandten wegen der Uebernahme schweizerischer Truppen rückten nicht vom Flecke. Dieser verwirrenden Unentschlossenheit und Zerfahrenheit des contrerevolutionären Vorgehens gegenüber hatte ein Diplomat wie Barthélemy kein schweres Spiel, ganz abgesehen davon, dass die vom Jura und von Hüningen her blinkenden französischen Waffen seiner Politik noch einen besondern Nachdruck verliehen. Indem er die aufreizende Politik Dumouriez' der Ausnützung der kantonalen Gegensätze dahin interpretierte, dass er den Kantonen und der Eidgenossenschaft nur diejenigen Weisungen des Ministers zur Kenntnis brachte, die ein Entgegenkommen bedeuteten, gegen die Bern und andern Kantonen gemachten Vorwürfe dagegen Vorstellungen erhob, erreichte er, dass die Tagsatzungsverhandlungen ganz unter dem Eindruck französischen Einschwenkens verliefen: die Versicherung, dass Frankreich die schwei-

zerische Neutralität achten werde, die unaufdringliche Kundgabe der französischen Bereitwilligkeit, die Militärkapitulationen zu erneuern, die offizielle Mitteilung, dass die Regimenter gemäss den Traktaten nicht offensiv gegen die Feinde Frankreichs verwendet würden, die Nachricht von der anstandslosen Bewilligung des Abzuges des Regimentes von Ernst, all das beförderte die bereits eingetretene Entspannung und stärkte die vorwaltende friedliche Stimmung und die Abneigung gegen die Ungewissheiten des Krieges. Auch die Kunde von den ersten französischen Misserfolgen bei Valenciennes, die eine bedenkliche Verfassung der französischen Armee enthüllte, und die Anzeige Marvals, dass der König von Preussen dem Kaiser mit 50,000 Mann zu Hilfe eile, vermochten da nicht aufzukommen.¹⁾

So, wie die Dinge lagen, konnte die Tagsatzung zu keinem andern Beschluss kommen, und sie befand sich damit in vollständiger Uebereinstimmung mit dem Volkswillen, der, obgleich latent, einen wichtigen Faktor der schweizerischen Politik darstellte und im Laufe der 90er Jahre noch bedeutsamer werden sollte. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst, mit der üblich gewordenen Formel, dass, gleich wie unsere in Gott ruhenden Standesvorfahren, bei ausgebrochenen Kriegen eine strenge Neutralität mit wahren Nutzen angewendet und der eidgenössischen Verfassung angemessen gefunden haben, auch jetzt sämtliche Stände eine solche Neutralität zu beobachten gesinnt seien, und keiner kriegführenden Macht gestatten wollen, auf eidgenössischem Gebiet Fuss zu fassen, durch dasselbe zu streifen oder den Durchpass zu nehmen, dass die Stände sich fest entschlossen, wenn etwas derartiges versucht werden sollte und gütliche Erinnerungen nicht verfangen würden, Gewalt mit Gewalt abzutreiben, folglich sich einer Territorialverletzung möglichst zu widersetzen. Die eidgenössische Kundgebung wurde den kriegführenden Mächten und ihren an der Schweizergrenze kommandierenden Generalen sofort bekannt gemacht. Zur Aufrechterhaltung der Neutralität an der gefährdeten Basler Grenze beschloss sodann die Tagung den Auszug von 1300 Mann, nachdem ein weitergehender Antrag am Widerstande von Bern und Solothurn gescheitert war, weil sie eigene ausgedehnte Grenzen zu schützen hätten. Doch trat schon bei der Erörterung dieser Massnahme in peinlicher Weise die extrem föderalistische Richtung der alten Eidgenossenschaft zu Tage, indem die innern Orte, besonders Schwyz, keine Verpflichtung anerkennen und den Schutz der Grenze einfach den Grenzkantonen überbinden wollten: der Gegensatz zwischen den armen, durch ihre

¹⁾ *Kaulek I.* 105, 110 f., 112, 114 ff., 120 f., 122 f., 125 f., 130 ff., 138 ff., 141, 143, 145, 146 ff., 152, 154 ff., 169 f., 206, 237 f., 245 f., 311. — *G. St. A. Berlin. Rep. XI.* 260. f. 114. Marval an den König. Frauenfeld, 16., 21. V. 1792. — *St. A. Bern. Instr. RR.* 7. V. 1792. — *St. A. Zürich. Instr. BVIII.* 41 und 42. 7. V. 1792. — *St. B. Schaffhausen. MS. M. f.* 148. Stürler an Müller. B., 15. (V.), 27. V., 6. VI. (1792). — *A. St. Torino. Mazzo* 43. De Varax an den Minister. Carouge, 19. VI. 1792.

Lage geschütztern demokratischen Orten, die sich mit der blossen Neutralitätserklärung begnügen wollten, und den bedrohten Städte- und Grenzkantonen, die eine bewaffnete Neutralität forderten, wurde schon hier in beunruhigender Art offenbar.

Die Tagsatzung suchte in letzter Stunde auch noch einen Fehler gutzumachen, welcher der alten religiösen Zwietracht sein Dasein verdankte, als sie Neuenburg, das Bistum Basel und Genf — letzteres unter Ratifikationsvorbehalt — in die eidgenössische Neutralität aufnahm und damit die Lücke in der Westflanke schliessen wollte; noch in den ersten Jahren der Revolution war dieses alte Postulat am Widerstand der katholischen Kantone gescheitert, obgleich man ihnen stärker als bisher zugesetzt hatte. Von den Abgesandten dieser Orte, Marval, dem alt-Syndic Rigaud und den bischöflichen Deputierten von Mahler und von Billieux war zur Erreichung des Ziels stark gearbeitet worden, und besonders Genf hatte sich alle Mühe gegeben, um durch engern Anschluss an die Eidgenossenschaft der steigenden revolutionären Flut zu entrinnen. Freilich hatte diese Erklärung erst Wert, wenn die Mächte, denen man davon Mitteilung machte, auch einverstanden waren; das galt besonders für das zum deutschen Reiche gehörige Pruntrut: die während so langer Jahre verfochtene kurzsichtige Politik aus konfessionellen Motiven fand hier eine harte, aber nicht unverdiente Strafe.¹⁾

In den hauptsächlichsten Fragen, die der Maitagsatzung vorlagen, war so eine rasche Einigung der Orte erreicht, wie Barthélemy sie voraussah, und wegen des ungewohnten Anblicks, alle Orte, Katholiken und Protestanten, einig zu sehen, verbreitete sich in der Schweiz eine unbeschreibliche Freude. Auch die von Bacher seit Jahren geförderte, von Barthélemy aber sehr diskret behandelte Angelegenheit der Erneuerung der abgelaufenen Militärkapitulationen wurde nicht zum Prüfstein der eidgenössischen Einigkeit: bei der allgemeinen Verwirrung in Frankreich, bei dem fortwährenden Wechsel der Ministerien und der Zweifelhaftigkeit

¹⁾ *Kaulek I.* 146 f., 152, 154 ff., 160 f., 166 ff., 181. — *W. St. A. f.* 189. Greiffenegg an den Minister. Basel, 23. V. 1792. — *G. St. A. Berlin. Rep. XI.* 260. f. 114. Marval an den König. Frauenfeld, 21. V. 1792. id. Nr. 8. Lenzburg, 26. V. 1792. — *St. A. Bern. A. G. R. Bd. 24.* Nr. 59, 69—72, 75, 78, 82, 93. — *St. A. Basel. Polit. Y 2,2.* Nr. 129, 141, 152, 158, 182, 183, 193. — *St. B. Schaffhausen. MS. M. f. 148.* Stürler an J. von Müller. B., 6. VI. (1792). — *Eidg. Abschiede. Bd. 8,* S. 139 f., 148, 158, 169 ff. — *Fr. von Wyss, Leben der beiden Zürcherischen Bürgermeister David von Wyss. Zürich 1884. Bd. 1,* S. 77 ff. — *M. Godet, Un chapitre des relations entre Neuchâtel et Berne sous l'ancien régime 1777—1798. (Neues Berner Taschenbuch für das Jahr 1920, S. 176 ff.)* — *A. Sarasin, Inclusion de Genève dans la neutralité helvétique, en 1792. (Mémoires et Documents publ. par la Société d'Histoire et d'Archéologie de Genève. 2me Série. T. 5me, S. 134 ff.)* — *M. Cramer, Genève et les Suisses 1691—1792. Genf 1914, S. 200 ff., 322 ff.* — *H. Fazy, Genève de 1788 à 1792. Genf 1917. S. 261 ff.* — *H. Buser, Das Bistum Basel und die französische Revolution 1789—1793. Basel 1896, S. 43 ff.*

des Einflusses des Königs, mit dem man unter Ausschaltung der Volksvertretung zu verhandeln wünschte, verstand es sich von selbst, dass man allgemein den Ausgang der französischen Ereignisse abwarten wollte, zumal Marval durchblicken liess, dass diese Erneuerung als eine Unfreundlichkeit gegenüber den Mächten empfunden würde. Allein der Riss, der durch die Eidgenossenschaft ging, und der Mangel an Solidaritätsgefühl traten sofort wieder zu Tage, als die Lage der Schweizerregimenter in Frankreich zur Sprache kam und der Vorstoss der patrizischen Kantone eine Entscheidung nötig machte. Bei diesen Orten, die ja am Solddienst hauptsächlich beteiligt waren, gesellte sich unter dem Einfluss der Emigranten zu der Sorge um die gefährdeten Truppen seit Kriegsausbruch immer mehr das Bestreben, dem revolutionären Frankreich diese Stütze zu entziehen. Es äusserte sich zuerst in dem sofort erlassenen Verbot an die Truppen, sich entgegen den Verträgen offensiv gebrauchen zu lassen — die Weigerung mehrerer Regimenter kam dem noch zuvor —, während Basel, Schaffhausen und St. Gallen die Entscheidung der Tagsatzung abwarten wollten; zugleich trafen Freiburg, Solothurn und Bern Anstalten, um die Tagsatzung zu einem Schreiben an den König zu veranlassen, das im Falle einer Verletzung der Kapitulationen mit dem Rückzug der Regimenter drohte. Die Absicht Dumouriez', eine solche offene Kundgebung zu verhindern, war damit vereitelt; allein obgleich die Tagsatzung nunmehr die offizielle Zusicherung erhielt, dass die Truppen nur für die innere Verteidigung gebraucht würden, brachte Freiburg, unterstützt von Solothurn, Luzern und Wallis, den Antrag ein, sämtliche Regimenter sollten abberufen werden, weil sie zu sehr der Gefahr ausgesetzt seien. Damit wäre das stärkste Band zerschnitten und ein wichtiges Pfand für das schweizerische Wohlverhalten der revolutionären Regierung entzogen worden. Vor solch radikalem Entscheid schreckten aber die andern Kantone, wo man von der freiburgisch-solothurnischen Leidenschaft weit entfernt war, zurück, besonders Zürich, das dem abmahnen- den Barthélemy willig Gehör schenkte. Zur schweren Frage, wie die heimkehrende Mannschaft untergebracht werden könne, gesellte sich die Angst vor den Folgen einer Handlungsweise, die von Frankreich als Bruch aufgefasst werden konnte. Bern hielt sich ausserdem klug im Hintergrund.¹⁾ Trotz Marvals Zureden erlag daher der freiburgische Antrag dem von Barthélemy genährten Widerstand des Bürgermeisters Ott von Zürich und des bernischen Abgeordneten Karl Albrecht von Frising; ja letzterer — der auf dieser Tagung eine beachtete, mässige Rolle spielte — gab offen zu, dass die Regimenter, besonders das von Ernst, nicht ohne starkes Verschulden der schweizerischen Offiziere in eine

¹⁾ Die bernischen Instruktionen erklärten, dass Bern seit dem Abzug des Regimentes von Ernst nur noch soweit interessiert sei, als die Würde und Ehre der Schweiz in Frage stehe. *St. A. Bern. Instr. RR. 7. V. 1792*

schwierige Lage gekommen seien. Im letzten Moment der verbitternden Diskussion, die einen raschen Blick in die Tiefe der Gegensätze erlaubte, gelang es dann den freiburgischen Abgeordneten noch, der Tagsatzung die Zustimmung zu zwei Schreiben an den König und die Chefs der Regimenter abzurufen, die bei weitem Verletzungen der Kapitulationen die Möglichkeit der Abberufung der Truppen andeuteten.

Für die aus grosser Abneigung und noch grösserer Furcht vor der französischen Revolution zusammengesetzte Stimmung der schweizerischen Regenten war es charakteristisch, dass die Tagsatzungsabgeordneten nach der Erklärung der Neutralität ihrer wahren Meinung und ihren Wünschen freien Lauf liessen, dass sie ihre Freude über die französischen Misserfolge nicht verbargen und ihr Bedauern ausdrückten, dass sie den Zwischenfall von Aix nicht zur Abberufung aller Truppen benutzt hatten. Es kennzeichnete die Situation, wenn Marval nach seinem völligen Misserfolg hoffnungsvoll wenigstens melden konnte, „qu'à la première insulte nouvelle qui pourrait être faite à un régiment suisse, la nation outragée n'hésiterait pas à les retirer tous“. Die Frage des Verbleibens der Schweizerregimenter blieb weiterhin im Vordergrund.¹⁾

Die ausserordentliche Tagsatzung war noch nicht auseinandergegangen, so begann die ordentliche Julitagung schon ihre Schatten vorauszuwerfen. In Frankreich ging die Umwälzung ihren Gang; Ansehen und Macht des Königs sanken weiter und die Bedrängnis der schweizerischen Regimenter wuchs; an den Grenzen vollzog sich der Aufmarsch der Heere. Der eidgenössische Defensivapparat wurde eingerichtet, nachdem vorher die Grenzorte die erste Sicherung übernommen hatten. Die seit 50 Jahren in Verfall geratenen Hochwachten in den Bergen waren schleunigst wiederhergestellt und mit je vier Mann besetzt worden, wodurch die Schweiz in längstens zwei Stunden alarmiert werden konnte. Langsam rückten auch die auf Andringen Basels beschlossenen kantonalen Kontingente an die bedrohte Basler Grenze; froher Mut und Eintracht herrschten bei ihnen, doch machten ihre buntgewürfelte Zusammensetzung und ihre veraltete Rüstung keinen überwältigenden Eindruck. „Dies sind aber barmherzige Soldaten, vor denen nicht einmal die französischen Nationalgarden Furcht haben können. Sie haben zwar nach den Waffenfarben der verschiedenen Stände schöne Röcke an; im übrigen aber sind sie, wie sie aus dem Kuhstall kommen. Da muss des heiligen römischen

¹⁾ *Kaulek I.* 99, 104 f., 106, 110, 112, 113, 117, 119, 122, 126, 130, 138 f., 149, 152, 157 ff., 160, 161, 166 ff., 176 f., 179 f., 211. — *W. St. A. f.* 188. Greiffenegg an den Minister. Basel, 28. III. 1792. *f.* 189. id. 23., 26. V. 1792. — *G. St. A. Berlin. Rep. XI.* 260. *f.* 114. Marval an den König. Frauenfeld, 17., 21. V. Nr. 8. Lenzburg, 26. V. Nr. 13. Neuenburg, 19. VI. 1792. — *St. A. Bern. A. G. R. Bd. 24.* Nr. 22, 84, 85. *Bd. 9.* Nr. 333—340, 344, 350, 355—365. — *Eidg. Abschiede. Bd. 8,* S. 172.

Reichs Armee noch was anderes dagegen sein. Doch ihre Artillerie, die durch erfahrene Leute bedient und auf guten Plätzen angebracht ist, muss nebst der Menge Volkes, die in kurzer Zeit beisammen sein kann, in den engen Gebürgen jeden Feind erschrecken. Ihre Offiziere sind ganz gut, weil die meisten schon gedient haben oder noch wirklich unter andern Mächten dienen.“ Wenig verheissungsvoll war es, dass schon bald nach dem Eintreffen der Truppen an der Grenze der Unwille der innern Orte laut wurde, dass man ihre Leute noch länger dort behalte, da doch keine Gefahr von einem Einfalle sich zeige, die Besetzung der Hochwachten genüge doch für den Grenzschutz: mochte die schlechte Finanzlage dieser Kantone einziger oder hauptsächlich Grund für solche Aeusserungen sein, so liessen sich daraus für die zukünftige Einigkeit der Schweiz nicht gerade ermutigende Schlüsse ziehen.¹⁾

Diese Einigkeit wäre umso eher am Platze gewesen, als jetzt die französisch-schweizerischen Beziehungen einer neuen Belastungsprobe unterworfen wurden. Schon am 25. Mai hatte Barthélemy auf Befehl des Ministers Klage gegen die Emigranten — les premiers et les plus cruels ennemis de la France — erhoben, ihre Ausweisung und eine strikte Neutralität gefordert; er hatte die Erklärung des österreichischen Residenten vom 3. Mai verdächtigt, ihr Hinterabsichten unterschoben und auf eine klare Garantie der schweizerischen Neutralität durch Oesterreich gedrängt. Vor allem aber prasselten in dem Schreiben Dumouriez' vom 31. Mai an die Eidgenossenschaft die durch Barthélemys Geschicklichkeit zurückgehaltenen und gemilderten Vorwürfe auf die Patrizierkantone herunter: wegen des überstürzten Rückzuges des Regimentes von Ernst, wegen der guten Aufnahme der intriguerenden und verleumderischen Emigranten, wegen der Duldung verbotener Werbungen und Unterstützung des Feindes mit Haber, wegen der solothurnischen Rücksichtslosigkeit gegen Barthélemy und Bacher und wegen der revolutionsfeindlichen Einstellung der offiziellen Gazette de Berne. Für all diese Beschwerden wurde unverzüglich Abhilfe gefordert, für den Briefverkehr mit dem Monarchen der Titel „König der Franzosen“ und ausserdem eine eidgenössische Vermahnung an die Offiziere, sich strikte an ihre Pflicht zu halten, Gesetze und Regierung von Frankreich zu achten und in ihren Reden vorsichtig zu sein. Gleichzeitig wurde Barthélemy angewiesen, Solothurn mitzuteilen, dass der französische Gesandte in Zukunft nicht mehr in dieser Stadt residieren werde, und von ihm die Aufhebung des Dekretes gegen Bacher zu verlangen.

¹⁾ *W. St. A. f. 189.* Greiffenegg an den Minister. Basel, 9., 23. VI. 1792. — *G. St. A. Berlin. Rep. IX. 260. f. 114.* Marval an den König. Frauenfeld, 5. VII. 1792. — *St. B. Schaffhausen. MS. M. f. 140.* Escher von Berg an J. von Müller. Basel, 29. VII. 1792. — Ueber die Grenzbesetzung während der 90er Jahre siehe *Fr. Dinner, Zur eidg. Grenzbesetzung von 1792 bis 1795. (Jahrbuch für Schweizerische Geschichte. XII [1887].)*

Barthélemy, der bestrebt war, das Verhältnis zwischen der Schweiz und Frankreich auf der Basis des Vertrauens und der Freundschaft, nicht der Drohungen und des Druckes aufzubauen, war nicht imstande, diese seiner Politik wenig zuträglichen Vorwürfe aufzuhalten; aber er war nach Kräften bemüht, ihre Wucht zu mildern und dem Minister ein besseres Verständnis für die schweizerische Lage zu vermitteln. Ihm waren die Bemühungen der aristokratischen Kantone um sukzessive Loslösung von Frankreich nicht entgangen, aber er hatte sie in Zusammenhang mit den Werbungsabsichten des spanischen Gesandten Caamaño und mit der eben erfolgten Ernennung des Lord Fitz-Gerald zum englischen Gesandten in der Schweiz gebracht. Im übrigen beurteilte er die schweizerische Situation und die Triebkräfte der schweizerischen Entschliessungen mit nicht gewöhnlicher Klarheit; an den zürcherischen Staatsmännern besass er eine starke Stütze seiner Politik und ausserdem eine gute Informationsquelle. Wenn der Minister die stets grösser werdende Abneigung der Kantone und ihre Bestrebungen zur Abberufung der Soldtruppen den Einflüsterungen der gegenrevolutionären Mächte zuschrieb, so stellte er demgegenüber den wahren Sachverhalt fest, dass die Mehrheit der Kantone in steter Besorgnis vor österreichischen Annexions- und Restaurationsabsichten durch die Bildung der Koalition erschreckt worden sei und in dem Untergang Frankreichs ihr eigenes Verderben erblicke; dass die Hauptschuld an den gespannten Beziehungen auf das französische Verhalten selber zurückzuführen sei. „On a oublié un plus grand danger pour ne s'occuper que d'un qui, par ses conséquences, paraît plus redoutable aux conseils helvétiques. On craint notre voisinage, on redoute nos gardes nationales et nos écrivains.“ „Les deux nations ont depuis notre révolution des reproches mutuels à se faire: mais soyons assez justes pour convenir qu'elle a apporté des torts incalculables aux Suisses sous tous les rapports de commerce, de militaire, de tranquillité intérieure. Convenons que leurs troupes ont essuyé de grandes calamités et qu'il en résulte pour elles une source non interrompue d'inquiétudes et de tribulations. Croyez, Monsieur, qu'elles n'ont pas altéré la confiance des Cantons autant qu'on paraît disposé à le penser, autant que nos ennemis le désireraient. Quel est le cri continuel de leur douleur comme de leur espoir: „Sûreté pour nos troupes!“ Voilà tout ce qu'ils nous demandent. Procurons-leur donc sûreté pour leurs troupes et leur foi sera inébranlable, et les projets de nos ennemis seront déjoués, et les propositions de l'Espagne, qui ne leur présentent jusqu'ici aucun attrait, s'évanouiront. Si nous ne pouvons point, Monsieur, leur procurer cette première sûreté, la plus cruelle nécessité les obligera à abandonner notre service.“ Barthélemy erkannte, dass nur einige wenige Kantone, wie Solothurn und Freiburg, den Einflüsterungen der Emigranten sich zugänglich zeigten, während alle übrigen dringend die Wiederkehr

der Ruhe und fester Verhältnisse herbeisehnten, um mit Frankreich die alten Beziehungen wieder aufzunehmen. Das einflussreiche und in vorsichtig abwartender Stellung verharrende Bern wollte er eher gewinnen, und nur Freiburg und Solothurn durch Entzug des Traktatensalzes und der Pensionen strafen und gefügig machen —, während er im übrigen die von Dumouriez verlangte Liste der schweizerischen Pensionäre als „listes de proscription“ verweigerte. Alle Sorgen und Schwierigkeiten der Kantone, Salzangel, Pensionen für Offiziere und Invalide, die Heimkehr des Regimentes von Ernst, das schweizerische Kapital in Frankreich, die Neutralität von Genf, Neuenburg und des Bistums Basel usw., fanden an ihm einen beredten Dolmetsch bei der französischen Regierung, nach allen Seiten suchte er Besorgnisse zu zerstreuen und Reibungen zu verhindern.¹⁾

Gegenüber dem nur durch Barthélemy's taktvolle und versöhnliche Art etwas gemilderten französischen Druck, der diesmal von der Regierung selber ausging, bot die Eidgenossenschaft während der Sommermonate 1792 ein Bild grösster Unentschlossenheit und Verlegenheit dar. Wieder war der vornehmlichste Grund die innere Uneinigkeit, immer schärfer begannen sich die Ansichten der Kantone und der einzelnen Staatsmänner über die einzuschlagende Politik zu scheiden. Zürich, Basel, Schaffhausen und Glarus verharrten in unüberwindlichem Misstrauen gegen die Koalition und ihre Eroberungsabsichten, verlangten strikte und allseitige Neutralität und Zurückhaltung und verpönten jede Geste, die Frankreich reizen konnte; als die richtige Politik erschien ihnen das Abwarten der Entwicklung der Ereignisse in Frankreich. Die Stimmung der Patrizierkantone Solothurn, Freiburg und Luzern aber wurde in dauernder Unruhe und Erbitterung gehalten durch die alarmierenden Nachrichten, die von den Regimentern eintrafen. Immer deutlicher zeigte es sich, dass ihre Stellung mit der neuen Verfassung unvereinbar, unhaltbar war; immer lauter wurden die Klagen und Hilferufe der von Spott, Neckereien und Gewalttätigkeiten bedrohten Offiziere. Schliesslich baten die Regimenter Vigier, Castella, Sonnenberg, Châteaueux und Steiner um ihre Abberufung; erfolge diese nicht, so würden sie zu einem Schritt verleitet, dergleichen man von Schweizertruppen noch nie gehört habe, was besagen wollte, dass sie zu den königlichen Prinzen oder zur österreichischen Armee übergehen würden. Endlich erklärten gar die Hauptleute des Regimentes Diesbach, bloss in der Festung, wo dasselbe lag, dienen zu wollen, und andere Regimenter wollten diesem Beispiel folgen. Begreiflich, dass diese Botschaften

¹⁾ *Kaulek I.* 84 f., 114 ff., 120 f., 125 f., 130 ff., 139 f., 147 f., 157 f., 162, 163 ff., 169 f., 172, 174, 178 ff., 182, 188 f., 191 f., 195 f., 200 ff., 205 ff., 213, 217 f., 219, 224 f., 229 f., 234, 238, 240, 245 f. — *W. St. A. f.* 189. Greifenegg an den Minister. Basel, 6. VI. 1792. — *St. A. Bern. A. G. R. Bd. 24.* Nr. 106. — *G. Gautherot, La Révolution française dans l'ancien Evêché de Bâle I.* 135 f.

grösste Besorgnisse erregten. Solothurn und Freiburg, die ihre Parteinahme für die gegenrevolutionäre Sache immer weniger verhehlten, je grösser die Wahrscheinlichkeit des preussisch-österreichischen Sieges wurde, und Luzern traten für die Rückberufung der Regimenter ein. Bei den ersten zwei Kantonen, in denen es von Emigranten wimmelte, war an eine Erfüllung der französischen Ausweisungsforderung gar nicht zu denken. Trotzig hatte Freiburg auf die französische Klage geantwortet, dass sein Respekt vor dem König ihm nicht erlaubt habe, einen Brief seiner Brüder unbeantwortet zu lassen. In Solothurn wurde der Marquis de Vérac immer noch mit den Ehren eines königlichen Gesandten behandelt und die Genugtuungsforderung wegen der Ausweisung Bachers wurde abgelehnt oder ausweichend beantwortet. Die Stosskraft dieser Orte wurde indessen stark gelähmt durch die andauernde bernische Zurückhaltung. Hartnäckig hatte dieser Kanton auf der Rückkehr des Regimentes von Ernst beharrt, trotzdem er in Verlegenheit war, was er damit anfangen solle. Als das Regiment aber am 17. Juni die Grenze überschritten hatte, fiel jene starke Reibungsmöglichkeit weg, die für die andern Patriziate weiterbestand. Auch waren die bernischen Staatsmänner zu real denkende Politiker, als dass sie nicht in sorgfältiger Abwägung der innern und äussern Hemmnisse die Möglichkeit einer entschiedenen Stellungnahme verneint hätten. In Bern fanden die Emissäre der Prinzen weit kühlere Aufnahme als in Solothurn und Freiburg, und Castelnau wurde wegen seines Verhaltens sogar von der bernischen Polizei abgeschoben. Endlich machte sich in Bern seit einiger Zeit jene Spaltung der Geister bemerkbar, die nach dem 10. August 1792 zu eigentlicher Parteiung führen sollte. Es gab auch hier Leute — und unter ihnen trat bereits Karl Albrecht von Frisching hervor —, die dem Kampf der Koalition mit Besorgnis folgten, in der französischen Niederlage nicht lauter Gutes für die Schweiz sahen und die französischen Vorwürfe an die Patrizierorte als nicht ganz unberechtigt anerkannten. Im Streit um die Bestimmung des zurückgekehrten Regimentes von Ernst (nunmehr von Wattenwil) prallten die Ansichten stark aufeinander, bis die Meinung durchdrang, das von der Revolution angesteckte Korps, trotz hoher Kosten, im eigenen Dienst vorläufig beisammenzuhalten und im Seeland zu stationieren. Zugleich wurde, nach langem Hinauszögern auf den günstigen Moment, mit dem Kontumazurteil gegen Amédée de Laharpe der Prozess gegen die Waadtländer zu einem Ende geführt, wie es der scharfen Richtung in Bern nur recht sein konnte.¹⁾

¹⁾ *Kaulek I.* 126, 141, 143, 147 f., 157, 161, 169, 173, 176 f., 179 f., 187 f., 191 f., 202, 203, 219, 221, 225 f., 237 f., 245. — *W. St. A. f.* 189. Greiffenegg an den Minister. Basel, 27. VI., 28. VII., 4. VIII. 1792. — *G. St. A. Berlin. Rep. XI.* 260. f. 114. Marval an den König. Nr. 9 (und Observations). 11, 12, 14, 18. Neuenburg, 2., 9., 12., 26. VI., 17. VII. 1792. id. Frauenfeld, 5. VII. 1792. — *St. B. Schaffhausen. MS. M. f.* 148. Stürler an J. von Müller.

Die eidgenössische Unentschlossenheit und die bernische Zurückhaltung gründeten sich nicht bloss auf innere Ursachen, sondern in starkem Masse auf das eigenartige Verhalten der gegen Frankreich verbündeten Mächte. Irgend eine Ermutigung oder gar Aufforderung von dieser Seite wurde der Schweiz nicht zu teil. Das ungünstige Ergebnis der Marvalschen Mission war nach Wien berichtet worden, und das vorsichtige Vorgehen des Gesandten fand volle Billigung. Der preussische Minister begnügte sich mit der Versicherung Marvals, dass, wenn sich die gegenrevolutionäre Partei in Frankreich mit dem König an der Spitze infolge des alliierten Vormarsches zu entschiedener Stellungnahme aufraffe, die Schweiz dasselbe tun werde; er erklärte sich befriedigt „de voir le parti qu'on se propose de prendre dans le cas d'une réclamation de secours de la part de la France et surtout l'assurance positive que le Baron de Steiguer vous a donnée que s'il existait deux partis décidés en France, la Suisse alors embrasserait l'un au préjudice de l'autre“. Die Akkreditierung eines ständigen Gesandten bei der Eidgenossenschaft, wie Marval vorschlug, wurde abgelehnt; der Einbezug Neuenburgs in die schweizerische Neutralität befriedigte vorderhand.¹⁾

Selbst schweizerischen Annäherungsversuchen gegenüber verhielten sich die Höfe und ihre Vertreter in der Schweiz auffallend kühl. Als die eidgenössischen Repräsentanten Hirzel und Balthasar zu Basel in einer Unterredung mit Greiffenegg von der schwierigen Lage der Soldtruppen in Frankreich sprachen und die eidgenössische Absicht kundtaten, sie zurückzuziehen, erklärte ihnen dieser, dass eine solche Abberufung nicht nach dem Sinne der Mächte sei, und wich jeder verpflichtenden Antwort aus. Noch mehr: während Marval sich Mühe gegeben hatte, die Frage der Heimberufung der Regimenter zu beeinflussen und wach zu halten, erachtete man es in Berlin für besser, wenn die Truppen in Frankreich blieben — „puisque d'après les sentiments que le Corps helvétique manifeste, ce sera une force armée sur laquelle ce monarque pourra compter, aussitôt que son parti aura pris une certaine consistance“. Und doch war aus den gegenrevolutionären Kreisen Solothurns die Anregung gemacht worden, man solle unter dem Vorwand der Neutralität einen starken Truppencordon an der Grenze ziehen und dazu die nahen Regimenter aus Frankreich herbeirufen, um ihnen eine andere Bestimmung zu geben; da mit Ausnahme von Bern und Zürich kein Kanton diese Truppen unterhalten könne, sollten die Mächte mit geheimen Subsidien in die Lücke treten. Das Ansinnen liess deutlich erkennen, dass die Finanzfrage eine Hauptschwierigkeit der Abberufung der

15. (V. 1792). B., 6., 12., 18. VI., 3., 8. VII. (1792). — *St. A. Bern. A. G. R. Bd. 10.* Nr. 161, 163, 166—67, 172—73, 177, 178. *Miss. Nr. 101.* S. 54 f.

¹⁾ *G. St. A. Berlin. Rep. XI. 260. f. 114.* An den König. Berlin, 21. V. 1792. An Marval. Berlin, 21., 30. V., 1., 2., 17., 25. VI. 1792. Marval an den König. Frauenfeld, 21. V. 1792.

Truppen und der Loslösung von Frankreich war; doch wurde es abgelehnt, besonders noch infolge des Rates des von den Agenten der Gegenrevolution hochgeachteten und stets konsultierten Schultheissen Steiger, der die Zeit für eine so unzweideutige Stellungnahme als noch nicht gekommen erachtete. „L'opinion de cet homme éclairé et pénétrant n'est point en faveur de ce projet, parce qu'il ne croit pas que ni Votre Majesté ni le Roi de Hongrie voulussent dans ce moment faire les frais d'entretenir des troupes ailleurs que dans leurs armées, où il pense qu'elles seraient en effet bien plus utiles. Il croit donc que ce qui conviendrait le mieux dans les conjonctures présentes, ce serait, Sire, que les puissances coalisées s'occupassent à faire proposer aux Suisses des capitulations pour prendre des troupes à leur service. L'Espagne pourrait au moins prendre sur soi une partie de ce bon office et lorsque au mois de juillet, il serait question en Diète des régiments suisses qui sont en France, on parviendrait peut-être à les faire rappeler sous la plus légère apparence de raison, si l'on voyait comment pourvoir ensuite à leur entretien; d'autant plus que, comme l'on a déjà ôté au régiment des gardes suisses la garde du roi, que les Suisses en sont très mécontents et que sûrement il en sera question à la prochaine Diète, on peut prévoir que l'on s'occupera aussi des petits corps et qu'il ne serait pas impossible d'exciter leurs plaintes et d'en profiter pour leur faire embrasser un autre service; ce serait une négociation à conduire avec secret et célérité.“¹⁾)

Aber nicht genug damit, dass auch jedwede Uebernahme schweizerischer Soldtruppen abgelehnt wurde — „un arrangement de cette nature ne s'accorderait pas avec la constitution et le génie de nos armées, complètes d'ailleurs et suffisant à leur recrutement par les moyens établis“²⁾) —, so wirkte das lange Ausbleiben der kaiserlichen Anerkennung der Neutralität, die Greiffenegg am 3. Mai und neuerdings am 14. Juni in Aussicht gestellt hatte, beunruhigend, und die vorläufige barsche Antwort Hohenhohes, des österreichischen Kommandanten im vorderösterreichischen Gebiet (3. Juli), die Schweizer könnten ihre strikte Neutralität am besten durch Vertreibung der Franzosen aus dem Pruntrut beweisen, war wenig geeignet, die aufsteigenden Befürchtungen zu verscheuchen. So blieb den gegenrevolutionären Kreisen der Schweiz nur noch die Hoffnung, dass Ludwig XVI., der bisher durch stete Nachgiebigkeit gegenüber der Volksvertretung ebenfalls eine aktivere Stellungnahme seiner schweizerischen Anhänger erschwert hatte, sich ermannen, die Kräfte der Gegenrevolution um sich scharen und gemäss der Allianz von 1777 die Hilfe der

¹⁾ *W. St. A. f. 189.* Greiffenegg an den Minister. Basel, 28. VII. 1792. — *G. St. A. Berlin. Rep. XI. 260. f. 114.* An Marval. Berlin, 17. VI., 16. VII. 1792. Marval an den König. Nr. 9. Neuenburg, 2. VI. 1792.

²⁾ *G. St. A. Berlin. Rep. XI. 260. f. 114.* An Marval. Berlin, 17. VI. 1792.

Schweizer anrufen werde; dann würde von neuem die Rolle der Schweizer der Zeit Karls IX. und Heinrichs IV. gespielt werden.¹⁾

Nur die Emissäre der Prinzen, Castelnau, d'Autichamp, Salis-Marschlins u. a., arbeiteten offen auf die Abberufung der Regimenter und den Uebertritt der Kantone ins gegenrevolutionäre Lager hin. Am 28. Mai hatten die Prinzen selbst ein Schreiben an die Eidgenossenschaft gerichtet, worin sie mit dem Hinweis auf den gegenrevolutionären Aufmarsch zum Anschluss an die Koalition aufforderten. Allein die Agitation dieser Sendlinge, ihre Intriguen, ihre Einmischung in schweizerische Angelegenheiten, waren — auch nach Steigers Urteil — zu leidenschaftlich und unbesonnen, als dass von einem wirklichen Erfolg die Rede sein konnte; sie verbitterten vielmehr nur die Gemässigten, und vor allem hatten die Versprechungen der Prinzen so lange kein Gewicht, als sie nicht von den Mächten unterstützt wurden.²⁾

So war also die innere und äussere Lage der Schweiz während des Sommers dazu angetan, die antirevolutionär gesinnten Kreise und Kantone der Schweiz zu lähmen, die vom revolutionären Frankreich abrücken und sich an die Gegenrevolution anlehnen wollten, und der geschickte und immer wohlorientierte Barthélemy verstand sie auszunützen, indem er besonders die den Schweizern rätselhafte Haltung des Kaisers zu dessen Ungunsten deutete und das schweizerische Misstrauen gegen Oesterreich wach zu halten wusste. Im Zeichen der Verlegenheit und Unentschlossenheit spielte sich denn auch die ordentliche Julitagsatzung ab, sie bedeutete sogar eher einen Erfolg der französischen Diplomatie. Trotz französischer Reklamation wurde zwar die Emigrantfrage gar nicht erörtert — aus Basel waren sie infolge französischer Klage sofort entfernt worden, während Solothurn eine analoge Aufforderung einfach ignorierte; auch die Erneuerung der Kapitulationen wurde angesichts der weiterhin unabgeklärten Lage nicht erörtert, und der Brief Dumouriez' vom 31. Mai, der starke Erbitterung erregt hatte, wurde gar nicht beantwortet. Während man in Bern sofort darauf hingewiesen hatte, dass die vielen schweizerischen Reklamationen auch unbeantwortet geblieben seien, trat die abweichende Stimmung der Ostschweiz in den In-

¹⁾ *Kaulek I.* 187, 192 f., 204. — *G. St. A. Berlin. Rep. XI.* 260. f. 114. Marval an den König. Nr. 10, 11. Neuenburg, 5., 9. VI. 1792. Auch die Denkschrift Steigers (*Observations*, ebendort) beruht auf diesem Gedanken der Erhebung der innern Gegenrevolution. Ferner Nr. 19. Neuenburg, 31. VII. 1792: „...„les Suisses sont toujours dans les mêmes sentiments: ce sera la déclaration du roi de France qui amènera la leur, c'est sur quoi l'on peut compter...“ — *St. A. Bern. A. G. R. Bd. 24.* Nr. 119, 121. — *St. B. Schaffhausen. MS. M. f. 148.* Stürler an J. von Müller. B., 12., 20. VII. (1792).

²⁾ *Kaulek I.* 161, 176 f., 180 f., 213, 225 f., 239. — *W. St. A. f.* 189. Greiffenegg an den Minister. Basel, 23., 27. VI. 1792. — *G. St. A. Berlin. Rep. XI.* 260. f. 114. Marval an den König. Nr. 18. Neuenburg, 17. VII. 1792. — *St. B. Schaffhausen. MS. M. f. 148.* Stürler an J. von Müller. B., 12., 17., 18. VI., 3. VII. (1792).

struktionen der zürcherischen Abgeordneten und in dem Wunsch der Stadt St. Gallen zu Tage, man möchte doch aller Orten im gemeinsamen Vaterland hinsichtlich der Neutralität jeden Schritt vermeiden, der eine unangenehme Auslegung erhalten könne. Aber auch die Hauptfrage der Tagung, die Abberufung der Regimenter, die die Emissäre der Prinzen und Marval geschürt hatten, fand keine Lösung, so sehr eine solche drängte und so nervös die Patrizierkantone geworden waren. Ja, die in der Maitagung beschlossenen Briefe an den König und die Chefs der Regimenter, die infolge des Einspruches von Glarus, Zug und Biel nicht abgesandt werden konnten, wurden gemildert und in Schreiben an Barthélemy und die Regimentschefs verwandelt, trotzdem die Abgesandten mehrerer Patrizierorte nach Instruktion das ursprüngliche Schreiben abgehen lassen wollten. Das Ganze war ein Kompromiss, die Meinungen waren wieder stark auseinanderggegangen, indem Glarus überhaupt nichts mehr schreiben wollte und Zürich geneigt gewesen wäre, den von Dumouriez verlangten Titel „König der Franzosen“ zu gebrauchen. Auf den Antrag Luzerns beschloss dann die Tagsatzung noch Vorstellungen zu machen, weil die Offiziersretraiten und Invalidengelder nicht oder in Assignaten bezahlt worden waren. Die Behandlung des Schreibens der königlichen Prinzen vom 28. Mai zeigte endlich deutlich das eidgenössische Bestreben, trotz aller erlittenen Unbill den Bruch mit Frankreich zu vermeiden: so sehr Freiburg, Solothurn und Bern mehr Entgegenkommen gewünscht hätten, so verwies die Tagsatzung in ihrem Antwortschreiben auf die erklärte Neutralität und sprach ihr Bedauern über das Schicksal der Prinzen aus. Es liess sich das voraussehen, und so hatte Steiger — zu spät — die Uebergabe des Schreibens vom 28. Mai überhaupt zu verhindern gesucht.¹⁾

Es war gelungen, der Tagung nach aussen den Charakter der Ruhe und Einigkeit zu verleihen.²⁾ Aber dieser Verlauf war weder imstande, die tief verankerten Gegensätze in der Einstellung der Orte zur Revolution aus der Welt zu schaffen, noch auch nur die Dringlichkeit einer Lösung des Problems der Soldtruppen zu vermindern. Trotz des königlichen Versprechens, sie nicht gegen den äussern Feind zu verwenden, sahen sich die Regimenter in der Zwangslage, entweder als von der Nation besoldete Krieger gegen den eindringenden Feind ihre Schuldigkeit zu tun

¹⁾ *Kaulek I.* 180, 186, 187, 188, 195, 202, 203 f., 211 f., 213 f., 221, 225, 238, 239, 369. — *W. St. A. f.* 189. Greiffenegg an den Minister. Basel, 23., 27. VI. 1792. — *G. St. A. Berlin. Rep. XI.* 260. f. 114. Marval an den König. Nr. 14, 18, 19. Neuenburg, 26. VI., 17., 31. VII. 1792. id. Frauenfeld, 5. VII. 1792. — *St. A. Bern. G. R. M. Bd. X.* S. 213. *Instr. R. R.*, S. 361. *A. G. R. Bd. 9.* Nr. 373. *Bd. 24.* Nr. 128, 143. *Miss. Nr. 101.* S. 76. — *St. A. Zürich. A 227,10.* Nr. 60—71. *Instr. BVIII.* 41 und 42. 20. und 21. VI. 1792. — *St. A. Basel. Polit. Y 1* (18. II. 1792—14. VI. 1792). Auszug aus dem Ratsprotokoll vom 2. V. 1792. Schreiben Custines an Basel vom 16. V. 1792. *Y 2,3.* Nr. 289, 327. — *Eidg. Abschiede. Bd. 8,* S. 173 ff.

²⁾ *Kaulek I.* 213.

oder riskieren zu müssen, von den Nationalgarden zusammengeschoßen zu werden. Es versteht sich, dass solche Nachrichten, zu denen sich noch unkontrollierbare Gerüchte gesellten, in den patrizischen Familien Bestürzung und grösste Angst um ihre Angehörigen erregten, dass man immer mehr bedauerte, die Truppen nicht schon früher zurückgezogen zu haben; es ist verständlich, dass man Ausschau hielt, ob man sie nicht anderswo unterbringen könnte. Aber eben, die gegenrevolutionären Mächte hielten zurück; die Werbungsbedingungen des spanischen Gesandten waren zu ungünstig und zu wenig dringlich gehalten. Die Sorge, die Pensionen von Offizieren zu verlieren, die früher gedient hatten, sprach gegen die Abberufung und ebenso die Hoffnung auf den raschen preussisch-österreichischen Sieg und die Wiederherstellung des Königtums. Aus dieser Angst erklärt sich auch der Plan, den Steiger und Zeltner billigten und den Marval dem preussischen Hof unterbreitete: dem französischen König sollte durch geheime Botschaft der Vorschlag gemacht werden, dass die französischen Truppen im Pruntrut durch die Schweizerregimenter ersetzt würden, womit allerdings das Problem der Sicherung der Truppen wie der faktischen Neutralisierung des Bistums Basel auf einfache und der Schweiz überaus günstige Art gelöst worden wäre.¹⁾

Denn neben der Sorge um die Soldtruppen beherrschte die Frage der Anerkennung der Neutralität des Bistums Basel die Situation in den letzten Wochen vor dem 10. August. Es hatte sich rasch gezeigt, dass die Zustimmung der interessierten Mächte wichtiger war als der eidgenössische Neutralisierungsbeschluss. Wirkliche oder gerüchtweise gemeldete Drohungen der österreichischen Generäle im Breisgau, dass, wenn die Schweizer nicht bis Mitte August selbst das als neutral erklärte Gebiet von den Franzosen säuberten, sie diese Sorge auf sich nehmen würden, verbunden mit dem kaiserlichen Stillschweigen und der Ansammlung einer österreichischen Armee bei Basel, machten in Basel und Bern umso mehr Eindruck, als man sah, dass die Franzosen keine Anstalten machten, die strategisch wichtige Stellung zu räumen und die Gefahr bestand, dass dadurch die Schweiz in den Krieg hineingerissen werde; auch hatte der General Ferrier gedroht, sobald er genügend Truppen habe, werde er das Münster-

¹⁾ Doch sahen Steiger und Zeltner voraus, dass die herrschende Partei in Frankreich eine solche Lösung nicht akzeptieren würde. — *G. St. A. Berlin. Rep. XI. 260. f. 114.* Marval an den König. Nr. 13, 17, 18. Neuenburg, 19. VI., Frauenfeld, 9. VII., Neuenburg, 17. VII. 1792 und Beilage zu Nr. 18 und Nr. 19. id. 31. VII. 1792. id. An Marval. Berlin, 19. VI. 1792. — *W. St. A. f. 189.* Greiffenegg an den Minister. Basel, 27. VI., 28. VII. 1792. — *Nunz. Sviz. Add. VII. 2.* G. F. Guerrieri an Zelada. Luzern, 31. III., 4. VIII. 1792. — *St. A. Bern. A. G. R. Bd. 24.* Nr. 85, 88. — *Kaulek I.* 111, 125, 184, 189, 203, 210/11, 213, 216. — *K. Morell*, Die Schweizerregimenter in Frankreich 1789—1792, S. 147 f. — Luzern hatte bereits mit dem Rückzug des Regiments von Sonnenberg gedroht und in Solothurn und Freiburg war man schon der Meinung, die Regimenter brauchten auch nicht defensiv zu kämpfen.

tal besetzen. Für eine der Schweiz günstige Einigung wäre allerdings auch die Neutralisierung des Fricktales nötig gewesen, wie es in frühern Kriegen geschehen war. Dafür hatte aber Oesterreich diesmal kein Interesse und in Frankreich wurde es als Parteilichkeit der Schweizer aufgefasst, dass sie wohl die Neutralität von Genf, Neuenburg und des Bistums Basel, nicht aber des Fricktales forderten; Peter Ochs unterstützte die französische Auffassung noch, indem er darauf hinwies, dass der Fürstbischof mit den katholischen Kantonen gar nicht mehr verbunden sei und nur indirekte Beziehungen zu der Schweiz unterhalten habe. Barthélemy hatte sich redlich Mühe gegeben, eine der Schweiz günstige Lösung herbeizuführen und sogar den österreichischen Residenten wegen einer gleichzeitigen Neutralisierung des Bistums und des Fricktals sondieren lassen; er war der Auffassung von Peter Ochs entgegengetreten und schlug — eine kaum zufällige Parallele zum oben erwähnten Plan Marvals — die Ersetzung der französischen Truppen im Pruntrut durch das bernische Regiment von Wattenwil (früher von Ernst) vor. Indessen zeigten Dumouriez und sein Nachfolger Chamonas wenig Neigung, den schweizerischen Wünschen entgegenzukommen, und erst als der Krieg eine für Frankreich sehr ungünstige Gestaltung angenommen hatte, war Frankreich bereit, unter gewissen Bedingungen die Neutralität der drei Gebiete anzuerkennen. Doch hatte das französische Interesse, dass die Schweizer den befürchteten österreichischen Durchmarsch durch das baslerische Gebiet verhindern, schon vorher dazu geführt, dass jede Verletzung der Juratäler vermieden, mit der Absetzung des Bischofs zugewartet und korrekte Beziehungen mit der von ihm zurückgelassenen Verwaltung gepflegt wurden.¹⁾

Im Innern uneinig, vom Ausland im Stiche gelassen, von den widersprechendsten Gefühlen hin- und hergeworfen, konnte die ohnmächtige Eidgenossenschaft nichts anderes tun, als den Dingen ihren Lauf lassen und in völliger Passivität den Eintritt der Krisis abwarten. Nur Bern zeigte einige Umsicht; es überwachte die französischen Militäranstalten jenseits der Grenze und die revolutionären Regungen in der Waadt, verstärkte oder verminderte seine Rüstung entsprechend den einlaufenden Meldungen und warnte Biel vor zu starkem Abbau des Grenzschutzes; es schickte sich an, da die mit ängstlicher Spannung erwartete Antwort der kriegführenden Mächte auf die schweizerische Neutralitätserklärung immer noch ausstand, aus der Passivität herauszutreten und die Mächte zu bestimmter Aeusserung und die Franzosen zur Räumung des Pruntrut zu drängen. Alle Hoffnun-

¹⁾ *Kaulek* I. 145, 168 f., 179, 196, 199 ff., 205 ff., 220, 224 ff., 227 f., 233. — *G. Gautherot*, *La Révolution française dans l'ancien Evêché de Bâle* I. 124 ff. — *Ders.*, *La République jurassienne de Moutiers-Grandval et la Révolution française*. Besançon 1903, S. 5. — *H. Buser* a. a. O., S 45 ff.

gen der aristokratischen Regierungen waren jetzt auf den alliierten Sieg gerichtet, nachdem der Traum von der innern Gegenrevolution getäuscht hatte; die Prophezeiungen der Emigranten schienen sich zu bewähren und die französische Niederlage unzweifelhaft zu sein. Der Optimismus der Patrizier ging schon soweit, dass man von den Revolutionären gar keinen eigentlichen Widerstand erwartete, und die Emigranten hatten bereits auf den 1. September ihre Miete gekündigt. Die raschen Erfolge der Alliierten erregten gewaltige Freude und die Stimmung der Patrizier hob sich sichtbar; Steiger, der im Sieg der deutschen Mächte die Rettung auch der Schweiz erblickte, liess sich auf die Kunde von der Trennung des Gardekörps bereits zu Drohungen hinreissen — „cette division du régiment des gardes suisses et l'obstination des Français de ne point évacuer l'évêché de Bâle, comme pouvant annoncer des événements fâcheux, si cet état de choses devait durer longtemps encore“; er liess die bekannte Proklamation des Herzogs von Braunschweig sofort in die von Dumouriez gerügte Gazette de Berne einrücken, und Solothurn und Freiburg sekundierten bei dieser gegenrevolutionären Demonstration, wenn die drei Kantone sich auch nicht zu einheitlichem Vorgehen wegen des Garderegimentes entschliessen konnten. Doch auch in dieser letzten Stunde vor dem 10. August fehlte die Anschauung nicht — auch in Bern nicht —, dass die französische Niederlage eine Gefahr für die Schweiz bedeute, dass der Zusammenbruch der Revolution eine allgemeine Reaktion in allen Ländern zur Folge haben und für die Freiheit ein schwerer Schlag sein werde. Aeusserst reserviert nahm Zürich die Proklamation des Herzogs von Braunschweig entgegen und war mit Basel der Meinung, dass man sie mit einer Erneuerung der Neutralitätserklärung beantworten solle. Unstreitig beurteilte Barthélemy die Stimmung der Schweiz am Vorabend der Kunde vom 10. August richtiger, als der einseitig informierte Marval, wenn er seinem Minister schrieb: „Je ne crois pas m'égarer ni vous induire en erreur, Monsieur, en présentant... le Corps helvétique comme la seule puissance sur laquelle il ne tient qu'à nous de pouvoir compter, et en vous invitant à mettre confiance en son attachement déterminé par les plus puissants motifs. Les préventions, les intrigues d'un très petit nombre de cantons, de quelques officiers, d'un plus grand nombre d'autres individus, n'altèrent point la mienne dans la sagesse qui dirige l'ensemble de tous les Etats helvétiques, dans la prévoyance avec laquelle ils savent très bien calculer la prodigieuse influence que notre destinée doit avoir sur la leur“.¹⁾

¹⁾ *Kaulek I.* 219, 221, 229 f., 232 f., 234, 236 ff., 245 ff. — *W. St. A. f.* 189. Greiffenegg an den Minister. Basel, 28. VII., 4. VIII. 1792. — *G. St. A. Berlin. Rep. XI.* 260. f. 114. Marval an den König. Nr. 18, 19. Neuenburg, 17., 31. VII. 1792 und Neuenburg, 7. VIII. 1792. — *St. A. Bern. G. R. M. Bd. X.* S. 221, 224 f., 230, 236, 240, 242, 253 f., 256 f., 262, 264 f., 266 ff., 272, 279, 283 f. *A. G. R. Bd. 24.* Nr. 168, 169, 172, 175. — *St. B. Schaffhausen. MS. M. f.* 140. Escher von Berg an J. von Müller. Basel, 29. VII. 1792:

Von der ohnmächtigen Eidgenossenschaft war die unvermeidliche Liquidation des Solddienstes nicht zu erwarten: zu grosse Uneinigkeit, zu grosse materielle Interessen verhinderten den mannhaften Entschluss. So vollzog denn jene furchtbare Macht, die schon so viele alte Bande zerrissen hatte, die revolutionären Massen, den Bruch: am 10. August 1792 brach das Gardekorps beim Tuileriensturm in heldenhaftem Kampfe zusammen; das Abendrot schweizerischen Waffenruhms umglänzte ihre sinkende Fahne, mit ihrem Blute bezahlten mehr als 500 tapfere Reisläufer den Mangel ihrer Regierungen an Einigkeit, Einsicht und Entschlossenheit.¹⁾

Diese blutige Beleidigung der Schweizerehre nach so vielen Vertragsbrüchen und Rücksichtslosigkeiten schien doch geeignet, den eidgenössischen Gegenstoss auszulösen, zumal die Nachrichten vom Kriegsschauplatz für die Revolutionäre immer ungünstiger lauteten: der 10. August stellte die eben erst feierlich proklamierte Neutralität wieder in Frage. Ein Zornesruf ging durch das ganze Land, mit Mühe konnten die eidgenössischen Soldaten in Basel von Tätlichkeiten gegen die französischen Grenztruppen abgehalten werden, und die Franzosen in der Schweiz sahen sich Verfolgungen ausgesetzt.²⁾ Und unter dem Eindruck dieses Ereignisses vollzog sich jetzt — nachdem sie sich schon seit längerer Zeit angekündigt hatte — die bestimmte Trennung der schweizerischen Staatsmänner und Kantone in zwei Parteien, deren Ringen sich mit wechselndem Erfolge durch die Jahre 1792—1798 hindurchzieht und der eidgenössischen, namentlich der bernischen Politik, den oft gerügten Charakter des Schwankens und der Unsicherheit verleiht: in eine Kriegs- und Neutralitätspartei.³⁾

Die erstere fand im Schultheissen Niklaus Friedrich von Steiger ein ebenso fähiges wie entschlossenes Haupt. Dieser von der europäischen Diplomatie anerkannte Staatsmann teilte die Anschauung Mallet du Pans, dessen Berichte über die Lage in Frankreich er sich früh für Bern zu Nutze machte und den er nachher

....„Gottlob! dass die Freiheitsschwärmerei für einmal in Frankreichs Grenzen eingeschlossen blieb und das Ding bald zu Ende gehen wird“. f. 148. Stürler an J. von Müller. B. 3., 8., 12., 28. VII. (1792). id. 1. VIII. (1792). id. 5. VIII. (1792): ...„tout le monde persiste à croire que les Français ne se défendront pas du tout et S(on) E(xellence) St(eiger) surtout croit à la contrerévolution la plus complète sans aucune résistance“ ... — *Lebenserinnerungen von L. Meyer von Knonau 1769—1841*, herausgegeben von Gerold Meyer von Knonau. Frauenfeld. 1883, S. 76.

¹⁾ Ueber die Literatur zum 10. August 1792 vergleiche *J. Dierauer*, Geschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft. Bd. IV² (1921), S. 433. Anmerkung 41.

²⁾ *Kaulek I.* 249, 267 f., 275. — *St. A. Bern. G. R. M. Bd. X*, S. 346 f. — *Nunz. Sviz. Add. VII. 2.* G. F. Guerrieri an Zelada. Luzern, 18., 25. VIII. 1792. 205. Vinci an Zelada. Luzern, 25. VIII. 1792.

³⁾ Mit Recht sagt *Mutach* in seiner *Revolutionsgeschichte* (I. 10 f., 26 ff.): „Beide Meinungen waren das Resultat der persönlichen Charakter“

in seinen Freundeskreis aufnahm. Früh erkannte er, dass die französische Staatsumwälzung nicht an der Grenze Frankreichs Halt machen werde, dass die Prinzipien, die sie aufstellte, einen Kampf auf Tod und Leben mit dem übrigen, am alten Staatsrecht festhaltenden Europa bedeuteten und die schweizerische Aristokratie entwurzeln mussten, wenn der Herd des Feuers nicht vorher gelöscht wurde. Von einer Konzession an den Geist der Zeit wollte dieser Aristokrat nichts wissen: ganz im Geiste des alten Bern aufgewachsen, war er bis ins Innerste überzeugt von der Vorzüglichkeit der bernischen Staatsform und Staatsverwaltung. Aus dieser grundsätzlichen Einstellung ergaben sich die Richtlinien der Steigerschen Politik; er war der einzige Staatsmann der ausgehenden Eidgenossenschaft, der sich zu internationaler Grösse aufzurichten vermochte. Er lehnte die Ansicht entschieden ab, der Kampf Frankreichs mit Oesterreich und Preussen sei einer jener Kabinettskriege um die europäische Vorherrschaft, um Land und Leute, und die Schweiz müsse, wie in analogen Fällen, bei ihrer Neutralität verbleiben. Er erachtete es nicht bloss als das sicherste Mittel der Selbsterhaltung, als eine für die beleidigte Ehre und das Ansehen der Schweiz unabweisbare Notwendigkeit, sondern auch als eine moralische Pflicht der Eidgenossenschaft, sich am europäischen Kreuzzug gegen die „Scélérats“ zu beteiligen, an der Bekämpfung einer Bewegung, welche alle Ordnung über den Haufen warf und Europa in ein Chaos zu verwandeln drohte. „La Suisse, Monsieur,“ schrieb er am 4. August 1792 an Johannes von Müller, „est sans contredit un des Etats de l'Europe le plus intéressé au rétablissement de l'ordre légal et de la monarchie en France. Il est donc bien juste qu'elle ait aussi sa part dans les mesures requises pour l'effectuer.“ Im Grunde waren und blieben die französischen Revolutionäre für Steiger und seine Anhänger nie etwas anderes als Verbrecher. Es war anzunehmen, dass die restaurierte Monarchie in Frankreich die Helfer mit wirtschaftlichen oder politischen Vorteilen, bessern Militärkapitulationen, Zollfreiheiten usw. belohnen werde: Steiger aber hat sich fast nie über solche Dinge ausgesprochen, und noch weniger lässt sich die Vermutung beweisen, dass er das Pays de Gex als Entschädigung davontragen wollte.¹⁾

Allein Schultheiss Steiger hat die schweren, fast unüberwindlichen Hindernisse nicht übersehen, die sich einer aktiven Teil-

verschiedenheit und entgegengesetzten Beurteilung des Ausgangs, welchen die fränkische Staatsumwälzung am Ende nehmen werde, und beide betrogen sich mit allen Zeitgenossen in dieser in der Weltgeschichte einzigen beispiellosen Begebenheit“. — Siehe auch *Fr. von Wyss I.* 80 f. — Die Einstellung Frischings datiert nicht erst von der Tagsatzung vom September 1792, wie Mutach (I. 26 f.) schreibt, sondern ist schon vorher sichtbar; Zürich und Basel haben in ihrer Politik gegenüber der Revolution von 1789—1798 nie geschwankt. — *Nunz. Sviz. Add. VIII.* 1. Vinci an Zelada. Luzern, 26. IX. 1792.

¹⁾ *Kaulek I.* 238.

nahme der Schweiz an der Unterdrückung der Revolution entgegenstellten: vor allem der Mangel an Einigkeit und die bunte Zusammensetzung der Eidgenossenschaft in bezug auf Interesse, Religion, Regierungsweise, Macht und Mittel, das Fehlen eines zu offensivem Handeln geeigneten Heeres — von der heimischen Miliz war nur für die Verteidigung des eigenen Landes guter Wille und Energie zu erwarten —, die finanzielle Ohnmacht fast aller Kantone, so dass einzig Bern und Zürich imstande waren, die Kosten eines Feldzuges aus ihren Staatsschätzen zu bestreiten; und endlich — auch der aristokratische Steiger konnte sich dieser Tatsache nicht verschliessen —, ohne den bestimmten Willen des Volkes durften die Regierungen nicht wagen, zur Offensive und zu aggressiver Haltung überzugehen.

Diese und ähnliche Ueberlegungen erklären es, dass Steiger nur an eine vorsichtige, den Mitteln und dem Wesen der Eidgenossenschaft entsprechende Beteiligung an dem Kampf gegen die Revolution dachte, nur im Anschluss an eine gefestigte Gegenrevolution in Frankreich, gestützt auf den Allianzvertrag von 1777. Mehr noch: zuerst musste der Aufmarsch und Vormarsch der alliierten Mächte nach Frankreich erfolgt sein, bevor die Kantone ihre Kraft — und wohl auch ihren Boden für den alliierten Durchmarsch — zur Verfügung stellten, um nicht das Opfer unkluger Voreiligkeit zu werden. Dies umso mehr, als das ganze Verhalten der deutschen Mächte gegenüber der Schweiz, die finanzielle Zurückhaltung neben dem geringfügigen deckenden Aufmarsch der österreichischen Truppen an der nördlichen Schweizergrenze, kein grosses Verständnis für die Bedürfnisse und die Lage der Schweiz erwarten liessen. Deswegen hatte Steiger bis zur Kunde vom 10. August zurückgehalten, die Gesuche der Emigranten und die Anträge Preussens und Sardiniens abgelehnt und die Gesandten auf später vertröstet: noch waren damals die Verhältnisse nicht soweit herangereift, um bestimmt Partei zu ergreifen. Am schwierigsten war die Aufgabe, alle Kantone und das der Waffen entwöhnte Volk von der Notwendigkeit einer veränderten Politik zu überzeugen; nur günstige Umstände, verbunden mit einer vorsichtsvollen und umsichtigen Politik, waren imstande, Willen und Energie derselben für solche Ziele nutzbar zu machen. Die Bemühungen, die Regimenter aus Frankreich abzurufen, wodurch den Revolutionären ein wichtiges Unterpfand für das schweizerische Wohlverhalten entzogen und manche aristokratische Bedenken gegen eine Kursänderung zerstreut worden wären, die entschlossene Haltung gegenüber französischen Vertragsverletzungen und Beleidigungen, die ebenso sehr dem Steigerschen Bedürfnis, die Ehre Berns und der Schweiz zu wahren, entsprach als sie geeignet war, im heraufbeschworenen Konflikt die Schweiz als angegriffenen Teil erscheinen zu lassen, sind nur als Einleitung zu einer Politik im Sinne Steigers zu verstehen. Der Fall der Garde, die Entlassung der Regimenter

und die Septembermorde, die weitere schweizerische Opfer forderten, konnten von einer derart orientierten Politik kaum anders denn als günstige Ereignisse bewertet werden; sie bestätigten nicht bloss alle pessimistischen Voraussagen und rechtfertigten das bisherige Verhalten der patrizischen Kantone, sondern — was wichtiger war — sie räumten die schwersten Hindernisse für die neue aussenpolitische Einstellung aus dem Wege; sie übten gewaltigen Einfluss aus auf das Volk, erzeugten Erbitterung und kriegerische Stimmung: wenn überhaupt, so war jetzt der Zeitpunkt des Handelns gekommen und er fiel zusammen mit dem siegreichen Vormarsch der Mächte in die Champagne.¹⁾

Hinter dem klugen Führer, an Umsicht und Weitblick weit hinter ihm, kamen seine Anhänger: das bernische Patriziat in erdrückender Mehrheit, aufgerüttelt durch die revolutionäre Propaganda und in seinem Selbstgefühl verletzt durch die französischen Beleidigungen, ein Erlach von Spiez, ein Emanuel Fischer, ein Karl Ludwig Tscharner u. a.; leidenschaftlich gegen die Beschützer eines Castella erbittert, untröstlich über den Verlust wertvoller Privilegien, unvorsichtig und ohne staatsmännischen Sinn folgten der Steigerschen Politik die Freiburger Patrizier²⁾ und

¹⁾ Eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie Steigers fehlt immer noch. Zu vergleichen sind: *B. Haller*, N. Fr. von Steiger, der letzte Schultheiss der alten Stadt und Republik Bern 1729—1799. Bern 1901. — *A. Isler*, N. Fr. Steiger 1729—1799. In: *Schweizer Charakterköpfe*. Bd. 1. 1912. — *Mutach*, Revolutionsgeschichte I. 27 f. — *Mallet du Pan*, Essai historique sur la destruction de la Ligue et de la liberté helvétique. 1798, S. 111 f. — *Mémoires de Barthélemy* ed. *J. de Dampierre*. 2. Auflage. Paris 1914. S. 75, 97 f. — *E. Fr. von Fischer*, Rückblicke eines alten Berners. Bern 1868, S. 109 f. — Das Urteil Barthélemys über Schultheiss Steiger (*A. A. E.* Bd. 433, S. 245 f., Barthélemy an Le Brun. Baden, 6. III. 1793) wird ihm sicher nicht gerecht. — Die oben gegebene Skizze der Steigerschen Politik bis zum 10. August beruht besonders auf folgenden Quellen: *A. St. Torino*, *Mazzo* 43. De Varax an den Minister. Bern, 8. V. 1792. *Mazzo* 44. f. 2. Vignet des Etoles an den Minister. Bern, 11. II. 1794. — *St. B. Schaffhausen*. *MS. M. f.* 186. Steiger an J. von Müller. Bern, 4. VIII., 19. XI. 1790, 10. I., 6. XI. 1791, 4., 14. VIII. 1792. — *G. St. A. Berlin*. *Rep.* XI. 260. f. 114. Marval an den König. Nr. 3. Neuenburg, 8. V. 1792 und Note, und Beilage zu Nr. 9. Neuenburg, 2. VI. 1792: Observations (von Steiger). Siehe auch f. 116. Acta betr. Relation générale de l'Etat de Berne 1792. — *M. Godet* im *Musée neuchâtelois*. *Nouv. série*. 2me année. 1915, S. 109 ff. — *Helvetia* Bd. 2 (1826): Die Reise des Marquis de Bouillé nach Solothurn und Bern im August 1792, S. 85 ff.

²⁾ Freiburg, das keine Grenzen mit Frankreich hatte und dessen Räte ausserordentlich viel Offiziere aus dem französischen Kriegsdienst zählten, hat während all der Jahre noch stärker als Bern seine revolutionsfeindliche Gesinnung gezeigt. „Ils ne peuvent pas oublier l'ancien régime de la France et tout ce qui y tient, parce qu'ils lui doivent leurs fortunes, et ils ont été plus septembrisés que le reste de la Suisse...“ (Frisching an Barthélemy. Bern, 1. XI. 1794. *A. A. E.* Bd. 450, S. 94 f.) — Nach *G. Castella*, Histoire du canton de Fribourg. Freiburg 1922, S. 423 f., war die Gesinnung in Freiburg doch nicht so einheitlich, indem jüngere Patrizier liberal gerichtet waren. Doch gilt das wohl nur für die letzte Zeit von 1789—1798.

das von Emigranten erfüllte Solothurn; ¹⁾ den Steigerschen Hass gegen die Revolution teilten die überwiegende Mehrheit des Luzerner Patriziates, ²⁾ das Wallis und die katholische Innerschweiz, alle in ihrer Ehre, in ihrer religiösen Anschauung und in ihren materiellen Interessen verletzt, doch ohne die Entschlossenheit der drei westlichen Patriziate, den Hass in die Tat umzusetzen. Von Bedeutung war nur das mächtige Bern mit seinen Hilfsquellen, seinen ausgedehnten Grenzen gegen Frankreich und seinem zielbewussten Führer.

Der Hauptsitz der Gegenpartei, der ein so anerkanntes Haupt, wie Steiger es war, fehlte, war der nach Bern mächtigste eidgenössische Ort, das der Revolutionspropaganda durch Lage und Sprache weniger zugängliche und auf Berns Einfluss eifersüchtige Zürich; es war weniger im Solddienst engagiert, neigte durch seine Handelsinteressen eher zu Frankreich und kannte als Vorort die Zwiespältigkeit der Kantone besser als jeder andere Ort. Mit Bürgermeister Kilchsperger war besonders der angesehene Seckelmeister und spätere Bürgermeister David von Wyss der in den lokal schweizerischen Bedingtheiten wohl bewanderte und geschickte Verfechter dieser Partei, der keinen Anstand nahm die zürcherische Vorortsstellung für seine Politik unbedenklich auszunützen. ³⁾ Neben Zürich, unter dessen Einfluss fast die ganze Ostschweiz, Schaffhausen, Appenzell usw., standen, war dann besonders Basel schon früh in einen Gegensatz zu den Patrizierkantonen getreten. Wenn es auch hier Männer wie Oberstzunftmeister Merian gab, die hartnäckig den Steigerschen Standpunkt verfochten, so war die kommerzielle und finanzielle Verflechtung mit Frankreich und mehr als alles andere, die gefährdete Lage der Stadt an der französischen Grenze, unter den Kanonen von Hüningen, doch von solchem Einfluss auf die politischen Entschliessungen der Räte, dass jene Richtung kaum obenaufschwingen

¹⁾ *G. St. A. Berlin. Rep. XI. 260. f. 114.* Marval an den König. Nr. 11. Neuenburg, 9. VI. 1792: ... „Soleure est sans contredit avec Berne le canton le plus opposé au régime actuel et il le manifesta assez ouvertement...“ id. Nr. 18. 17. VII. 1792: ... „C'est l'unanimité, car on ne peut pas faire attention à une dizaine d'individus sans influence aucune et qui par une basse jalousie sont d'un sentiment opposé à ceux qui gouvernent...“
... „Dans toutes les occasions l'éloignement de ce canton pour tout ce qui tient à la constitution française et son inclination de favoriser le parti des princes éclate(nt) de toutes parts...“

²⁾ *W. St. A. f. 192.* Note Tinseaus. Beilage zur Depesche Buols Nr. 104. von Bern, 9. X. 1793.

³⁾ Ueber David von Wyss vergl. *Fr. von Wyss, Leben der beiden Zürcherischen Bürgermeister David von Wyss.* Bd. I. Zürich 1884. — Wenn *Oechsli* (Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert. Bd. 1. Leipzig 1903. S. 21) schreibt, dass die vielbeneideten Rechte des Vorortes sich auf die rein formalen Befugnisse eines Tagsatzungspräsidiums und eidgenössischen Korrespondenzbureaus beschränkten und eine reale Gewalt damit nicht verbunden war, so stimmt das für die 90er Jahre des 18. Jahrhunderts in keiner Weise; vielmehr war Zürich mehrfach imstande, durch seine vorörtliche Stellung starken Einfluss auf eidgenössische Entschliessungen auszuüben.

konnte. Ausserdem besass die Gegenpartei am Städttschreiber und spätern Oberstzunftmeister Peter Ochs ein ebenso fähiges wie leidenschaftliches Haupt.¹⁾

Aber auch in Bern selbst war die Opposition gegen die Steigersche Politik im Wachsen begriffen. Das Haupt derselben war der bei der Schultheissenwahl des Jahres 1790 unterlegene beredte Deutschseckelmeister Karl Albrecht von Frisching,²⁾ der literarische und zu Zeiten der diplomatische Verfechter ihrer Ideen der eitle Franz Rudolf von Weiss, der damit jahrelang eine Rolle spielen konnte, der seine innere Bedeutung nicht gewachsen war.³⁾ In lebhaftem Briefwechsel mit Barthélemy empfangen diese Führer nicht selten von ihm ihre Direktiven und bildeten damit das Gegenstück zu Steigers Beziehungen zu den Gesandten der gegenrevolutionären Mächte.⁴⁾

Das Ziel dieser Neutralitäts- oder frankophilen Partei, wie sie auch bezeichnet wurde, war, unbedingt, selbst auf Kosten des Ansehens der Schweiz, die traditionelle Neutralität aufrecht zu erhalten; für sie war der begonnene Kampf ein den frühern gleichartiger Eroberungskrieg, von dem sich die Eidgenossenschaft im wohlverstandenen eigenen Interesse fernhalten müsse. Bei ihr trat deshalb das Gefühl des kleinstaatlichen Misstrauens gegen die Politik der Grossmächte nicht einseitig zu Tage: hinter dem Hass gegen die Revolution, der sie wie ihre Gegenpartei beseelte, blieb das Misstrauen gegen Oesterreich und seine vermeintlichen Pläne nicht zurück; dem Zusammenbruch Frankreichs vor den Heeren

¹⁾ Für die Geschichte Basels in den 90er Jahren ist zu vergleichen: *P. Ochs*, Geschichte der Stadt und Landschaft Basel, Bd. 8. — *E. Schlumberger-Vischer*, Beiträge zur Geschichte Basels in den 90er Jahren des 18. Jahrhunderts. (*Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde*. Bd. 13 [1914]. S. 205—275.) — *Fr. Vischer*, Kriegsnoté der Basler in den 1790er Jahren. (*Basler Jahrbuch* 1920. S. 14—56.)

²⁾ *G. Itten*, Karl Albrecht von Frisching, ein Politiker aus dem alten Bern. 1734—1801. Bern 1910. — *Mémoires de Barthélemy*, ed. *Dampierre*, S. 75. — *Mutach*, Revolutionsgeschichte I. 29 ff. — *E. Fr. von Fischer*, Rückblicke eines alten Berners. S. 107 f. — Ueber Frisching mag das Urteil Kilchspergers hier seinen Platz finden (*A. A. E.* Bd. 447, S. 181 f. Kilchsperger an Barthélemy. Zürich, 23. VIII. 1794): „...C'est à lui que nous devons en grande partie notre tranquillité. Il a fermement combattu ceux qui se sont laissé entraîner par des passions et par des vues qui ne conviennent point au peuple suisse; et sans lui nous aurions risqué d'être tirés dans de grands embarras, sinon dans le malheur. Il a toujours soutenu notre système modéré, et nous l'avons également soutenu par les résolutions que nous avons prises et qu'il savait faire valoir avec sagesse et énergie. Tout Bernois qu'il peut être, il rend justice au gouvernement de Zurich, et nous la lui rendons aussi de notre côté. C'est un grand bonheur que ce digne magistrat ait été de la Diète de 1792, et je me suis félicité qu'il était aussi de celle de cette année...“

³⁾ *J. Strickler*, Franz Rudolf von Weiss (1751—1818). Bern 1896. (*Neujahrsblatt der Literarischen Gesellschaft Bern auf das Jahr 1897.*) — Ueber die bernischen Anhänger der Partei, siehe *Fr. R. von Weiss*, Réveillez-vous Suisses, le danger approche. Lyon, Januar 1798, S. 120 f.

⁴⁾ Siehe auch *Kaulek II.* 216.

der Koalition sah sie mit grosser Besorgnis entgegen, weil sie das Gleichgewicht der Mächte als für die Schweiz lebensnotwendig betrachtete. Ihr Hass gegen die Revolution wurde ausserdem noch wesentlich von ihrer Furcht davor übertroffen, und nur in einer allen Stürmen ausweichenden Nachgiebigkeit glaubte sie die Rettung der Schweiz finden zu können. Während Steiger jede Konzession als verderblich ablehnte, weil daraus nur neue Forderungen hervorgehen würden, drängten die Neutralisten immer wieder zu friedlicher Lösung aller Konflikte mit dem westlichen Nachbar, voll Angst vor Frankreichs militärischer Kraft und immer in der Hoffnung, der revolutionäre Krater werde in sich selbst verbrennen; dann würden sich von selbst die alten französisch-schweizerischen Beziehungen wieder herstellen. Die schlagkräftigsten Argumente für eine solch schwächliche Politik waren der Hinweis auf die unheilbare Uneinigkeit der Eidgenossenschaft, den Zwiespalt ihrer Interessen, die geringe Lust des Volkes für den Krieg, die eingerostete militärische Rüstung fast aller Kantone und ihre finanzielle Ohnmacht. Auch bei einem kurzen und siegreichen Feldzug mussten sich die Finanzen von Bern und Zürich erschöpfen, geschweige denn, dass man einem längern oder unglücklichen Kriege gewachsen war. Und man wollte in den neutralistischen Kreisen nicht so recht an den raschen und sichern Sieg der Gegenrevolution glauben, den ihre Gegenpartei und die Emigranten verkündeten.

Die — relativ — frankophile Aussenpolitik der Neutralitätspartei beruhte also auf rein taktischer Einstellung zu der Revolution und schloss in keiner Weise eine Billigung ihrer Grundsätze in sich; so erklärt es sich — und es verdient hervorgehoben zu werden — dass die Neutralisten in der Innenpolitik mit den Anschauungen Steigers nahezu übereinstimmten: von einer Abweichung von der übernommenen Rechtsordnung, von einer Demokratisierung und einer Uebertragung der neuen Ideen auf die Schweiz, von einem Verzicht auf die Privilegien war auch bei ihnen keine Rede, so sehr der enthusiastische Weiss das neue Frankreich in seinen Schriften feierte.¹⁾ Nur ein Mann, auf dem äussersten linken Flügel dieser Partei, war ein Freund Frankreichs und der Revolution aus Grundsatz: Peter Ochs. „La révolution en France me fait un plaisir, dont tu ne te formes pas d'idée, je ne parle que de cela, et je prends réellement en haine ceux qui ne sont pas pour elle,“ so hatte er am 28. Dezember 1789 an Joh. von Müller geschrieben. Die Revolution ist sein Schicksal geworden. Man mag seinen Ehrgeiz tadeln und schwere Mängel des Charakters finden: in bösen und guten Tagen ein selten konsequentes Abschreiten des Weges, den ihm Bildung und Charakteranlage gewiesen, wird niemand in Abrede stellen kön-

¹⁾ Die Schriften des doch als extrem frankophil geltenden Fr. R. von Weiss sind der beste Beweis dafür. — Siehe auch *Mutach*, Revolutionsgeschichte I. 30 f.

nen. Die geschichtliche Rolle, die er in den Jahren 1789—1797 gespielt hat, ist ganz verdunkelt worden durch die markantere Stellung, die er beim schweizerischen Umsturz und als helvetischer Direktor eingenommen hat; und doch ist die Wirksamkeit des Enthusiasten von 1789 und des Stadtschreibers von nicht leicht hoch genug zu schätzender Bedeutung für die baslerische und schweizerische Geschichte jener Zeit gewesen, und fast organisch wächst die Laufbahn des Revolutionärs von 1797/1798 und des helvetischen Direktors aus ihr heraus. Mit den alten schweizerischen Freunden wegen seiner extremen Einstellung zerfallen — *la bête noire de tous les gouvernements helvétiques* —, hatte er Anlehnung bei den französischen Revolutionären gefunden; seine Freundschaft und seine Beziehungen zu Lafayette, Dumouriez und später zu Reubell, das Vertrauen, das ihm seine unerschütterlich revolutionsfreundliche Gesinnung in Frankreich verschaffte, machten ihn neben seinen grossen Fähigkeiten über Basel hinaus zu einer Persönlichkeit, der reichlicher Hass zuteil wurde, mit der aber auch die patrizischen Regierungen zu rechnen hatten. Mehr als jeder andere schweizerische Staatsmann wollte er die baslerische und schweizerische Politik auf engste Freundschaft und Anlehnung an Frankreich und misstrauische Zurückhaltung gegenüber dem Kaiser aufbauen. Sein Einfluss war in der von ihm inspirierten Politik Dumouriez' gegenüber den Patrizierkantonen zu Tage getreten,¹⁾ doch er hatte auch seiner Vaterstadt seine Dienste geliehen, um ihre Kapital- und Entschädigungsansprüche in Paris zu vertreten. Schon war er eine wichtige Persönlichkeit, der französische Aufstieg seit 1794 sollte seine Bedeutung noch ganz anders steigern.²⁾

¹⁾ Der misslichen Rolle, die er mit seinen Denunziationen der patrizischen Regierungen von Bern, Solothurn, Freiburg und Luzern spielte, war sich Ochs wohl bewusst: „J'en ai même peut-être déjà trop dit au ministre, mais je suis trop enthousiasmé pour lui, le pressentiment qui me domine qu'il est destiné à faire triompher la révolution est trop fort en moi, pour que lorsque je lui écris je puisse écrire avec prudence. Quand on ne veut comme moi que liberté, égalité politiques, confraternité universelle, et surtout renversement des autels du fanatisme, on ne sait pas pourquoi l'on devrait être circonspect, et on laisse aller sa plume“ . . . *A. A. E. Bd. 427, S. 28.* Ochs an (Barthélemy?). Basel, 3. V. 1792.

²⁾ *Kaulek I. 70, 108 f., 110, 134, 137, 143, 168, 169 ff., 182, 200, 208, 214, 216 f., 222.* — *St. B. Schaffhausen. MS. M. f. 185.* P. Ochs an J. von Müller. Basel, 28. XII. 1789, 19. VII. 1790. — *G. Steiner, Die Mission des Stadtschreibers Ochs nach Paris 1791. (Basler Jahrbuch 1924.)* — *Ders., Der Untergang der alten Eidgenossenschaft. (Schweizer Kriegsgeschichte. Heft 7. Bern 1918. S. 99 ff.)* — *E. Schlumberger-Vischer, Peter Ochs. Observations sur la Suisse. (Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde. Bd. 20 [1922]. S. 306 ff.)*